Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die Volksstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt): Richard Nitsch, Magdeburg. Verantwortlich für Inserate: August Fabian, Magdeburg. Verlag von Bernhard Hardaum, Magdeburg. Druck von Franz Vetlge, Magdeburg. Geschäftsstelle: Jakobstraße 49, Fernsprecher 1567. Redaktion: Gr. Münzstraße 3. Fernsprecher 961.

Pränumerando zahlbarer Abonnementspreis: Vierteljährl. (inkl. Bringerlohn) 2 Mk. 25 Pf., monatlich 80 Pfg. Per Kreuzband in Deutschland monatl. 1 Exempl. 1.70 Mk., 2 Exempl. 2.90 Mk. In der Expedition und den Ausgabestellen vierteljährl. 2 Mk., monatl. 70 Pfg. Bei den Postanstalten 2.25 exkl. Bestellgeld. Einzelne Nummern 5 Pfg., Sonntags- und Alter Nummern 10 Pfg. — Insertionsgebühr die sechsgespaltene Petitzeile 15 Pfg. Post-Zeitungsliste Nr. 8162

Nr. 61. **Magdeburg, Freitag den 13. März 1903.** **14. Jahrgang.**

Vaterlandslose Prozentpatrioten.

Das „Bureau Hirsch" erdreistet sich, folgende Notiz zu verbreiten, welche natürlich von allen konservativen und nationalliberalen Blättern ohne jeden Kommentar nachgedruckt wird:

> **Essen a. Ruhr, 11. März.** Gegenüber der gestrigen Behauptung des Abgeordneten Bebel im Reichstage, die Firma Krupp habe an die Vereinigten Staaten Panzerplatten um 400 bis 500 Mark billiger geliefert als an Deutschland, wird von maßgebender Seite mitgeteilt, daß die Firma Krupp den Vereinigten Staaten niemals Panzerplatten angeboten, geschweige denn geliefert habe.

Es ist eine beispiellose Unverschämtheit, solche Unwahrheit zu verbreiten, obwohl das vaterlandslose Verhalten der Firma Krupp längst amtlich festgestellt worden ist. Im Jahre 1901 wurde in der Budgetkommission des Reichstags laut dem Bericht in den amtlichen Drucksachen des Reichstags Nr. 172 festgestellt, „daß es dem Marineamt der Vereinigten Staaten bereits im Vorjahre gelungen sei, eine Preisreduktion auf 455,52 Dollars oder 1920 Mark zu erlangen, während die deutsche Marineverwaltung 2320 Mark pro Tonne oder zirka 400 Mark pro Tonne mehr zahle. Da jeder Jahresetat der Marine etwa 7500 Tonnen dieses Materials enthält, bilde die Nachforderung der deutschen Produzenten einen Nachteil von etwa 3 Millionen Mark jährlich für das Deutsche Reich oder einen Gesamtnachteil von 60 Millionen Mark für die Dauer der Bauzeit des Flottenprogramms. Gegenüber einer solchen unerhörten Preistreiberei der beiden deutschen Fabriken, welche sich dieses Monopol geschaffen hätten, wurde es für erforderlich gehalten, entweder die ausländische Konkurrenz zu den Lieferungen heranzuziehen oder die Errichtung eines Nickelstahl-Panzerplatten-Werks für Rechnung des Reichs anzustreben. Eine dahingehende Resolution wurde mit 20 gegen 4 Stimmen angenommen."

In der Reichstagssitzung vom 7. März 1901 konnte dann Staatssekretär von Tirpitz mitteilen, daß Krupp rührenderweise 150 Mark pro Tonne nachlassen wolle. Diese gute, patriotische, vaterlandsliebende Firma wollte also nunmehr dem Deutschen Reich nur noch 250 Mark mehr abnehmen wie den Amerikanern. Die Amerikaner sind eben smarte Geschäftsleute, die sogar der Firma Krupp gewachsen sind und nicht auf die Schlauheit hereinfallen, welche die großkapitalistischen Firmen aller Länder, aller Rassen und Konfessionen ziert.

Ende Mai 1901 erklärten sich freilich die vaterlandslosen Panzerplattenpatrioten bereit, nicht mehr 2320 Mark, auch nicht mehr 2070 Mark, sondern „nur" 1920 Mark vom Reiche zu verlangen, aber freilich dafür forderten jene Vaterlandsfeinde, daß das Reich sich verpflichtete, daß bis zum Jahre 1907 alle Panzerplatten nur bei den beiden Firmen Krupp und Stumm bestellt werden dürfen.

Pro Tonne sind die Selbstkosten der Panzerplatten höchstens 1000 Mark; diese Reichen verdienten also bis zur Herabsetzung des Preises im Jahre 1901 nicht weniger als 1320 Mk. pro Tonne, also nicht weniger als 132 Proz. Aber auch bei dem jetzigen Preis werden noch fast 100 Prozent Reingewinn erzielt. So sorgt liebevoll das Deutsche Reich dafür, daß die Reichsten der Reichen immer reicher werden. — Die Aermsten der Armen können es ja mit ihren Steuerpfennigen bezahlen.

Die „Köln. Volksztg.", also ein Zentrumsblatt schrieb obendrein im Mai 1901:

> Schon vor längerer Zeit ist mitgeteilt worden, daß ein rheinisches Konsortium sich bereit erklärt habe, vom Jahre 1903 ab die gleiche Qualität Nickelstahl-Panzerplatten zu 1550 Mark pro Tonne, also 770 Mark billiger, als seither an die Lieferanten bezahlt wurde, zu liefern, wenn ihm nur die Zusage eines entsprechenden Teils der künftigen Lieferungen gegeben werde.

Wir machen die gesetzgebenden Körperschaften daher für die himmelschreiende Ausnützung der deutschen Steuerzahler durch jene vaterlandslosen Gesellen verantwortlich, welche sich von ihren deutschen Mitbrüdern übermäßige Summen für Waren zahlen lassen, die sie mit größtem Vergnügen auch denen liefern, welche möglicherweise die gelieferten Waffen zum Kampf gegen das Deutsche Reich verwenden. Der Reichstag hat seinerzeit verlangt, daß das Reich seinen Bedarf aus einem ihm selbst gehörigen und noch zu gründenden Reichs-Panzerplatten-Werk deckt.

Nun hat der Kriegsminister erklärt, daß das Reich unmöglich ein Panzerplatten-Werk errichten könne, da es nicht die andern Aufträge habe, welche Privatfirmen zur Verfügung stehen. Gewiß! Aber sollte deshalb das Deutsche Reich um volle 100 Prozent teurer arbeiten wie die Privatfirmen? Wenn das Reich selbst um 75 Prozent teurer arbeiten würde, so würde sich doch bereits ein Reichs-Panzerplatten-Werk rentieren.

Wenn wir einmal die aus den von uns oft genug geltend gemachten Gründen bekämpfte Marinepolitik ertragen sollen, dann sollte diese wenigstens nicht dazu benutzt werden, die reichsten der Großkapitalisten für ihr privatkapitalistisches Werk mit Aufträgen zu versehen. Dadurch wird die Marinepolitik innerhalb der breiten Volksschichten nur noch mehr kompromittiert.

Die bürgerlichen Parteien verdienen daher die heftigsten Vorwürfe, daß sie der Regierung das Budget nicht verweigern, obwohl diese die wichtige Forderung der Volksvertretung des „Reichs-Panzerplatten-Werks" ebensowenig erfüllt wie andere Wünsche der Volksvertretung. —

Politische Uebersicht.

Magdeburg, den 12. März 1903.

Weiteres vom Militarismus.

bg. Berlin, 11. März. Der Reichstag wies — o Wunder über Wunder — heute ein beschlußfähiges Haus auf. Was die Postassistenten nicht erreicht hatten, das brachten die Oberstleutnants fertig. Rechte und Nationalliberale hatten sich in ziemlicher Kopfstärke eingefunden, um den geliebten Stabsoffizieren die gewünschte Gehaltserhöhung zuzuschanzen. Doch blieb das Zentrum diesmal noch fest — das Haus ließ es beim Vorschlage der Kommission bewenden, welche die Forderung der Oberstleutnants-Gehaltserhöhung gestrichen hatte. Wir sind neugierig, ob dieser Anfall von Militärunfrömmigkeit beim Zentrum die harte Probe der dritten Lesung überstehen wird.

Der erste Teil der Mittwochssitzung wurde ausgefüllt von Verhandlungen über die Zu- und Mißstände in den Spandauer Militärwerkstätten. Genosse Zubeil geißelte in kraftvoller Rede das zwar patriarchalische, aber keineswegs immer wohlwollende System, daß die Kriegsverwaltung gegenüber ihren zahlreichen Werkstättenarbeitern in der Vorstadt Berlins befolgt. Der „schlichte Mann aus der Werkstatt", der sich redlich vom Schweiße seiner Gesellen ernährende Tischlermeister, Antisemit und Konservative Pauli-Potsdam glaubte antworten zu sollen; seine Antwort bestand aber aus Schimpfereien.

Etwas besser machte seine Sache der Chef der Spandauer Werkstätten-Verwaltung, der Generalmajor v. Einem, freilich setzte auch seine „Erwiderung", wenn sie sich auch von Paulischen Unflätigkeiten fernhielt, nur aus billigen Witzen und abgestandenen Schauermären von gewohnheitsmäßig mißhandelten unorganisierten Maurern sich zusammen. Genosse Zubeil leuchtete dem schlichten Pauli so gründlich heim, daß die Rechte ein Wutkonzert aufführte und Graf Ballestrem, der inzwischen seinen wenig fähigen Vertreter auf dem Präsidentenstuhle abgelöst hatte, mit einem Ordnungsruf aufwarten zu müssen glaubte.

Der zweite Teil der Beratung drohte sich in ziemlich belanglose Einzelheiten zu zersplittern, bis die Genossen Bebel und Ledebour wieder prinzipielle Gesichtspunkte in die Debatte brachten. Der erstere geißelte die massenhafte Verwendung von Soldaten zu Privatdiensten aller Art, Erntearbeiter, Burschendiensten usw.; Ledebour brachte die Konkurrenz zur Sprache, die die Militärmusiker den schwer mit des Lebens Not kämpfenden Zivilmusikern machen; beide Redner wandten sich energisch gegen die Bekehrungsversuche, welche in der deutschen Armee gewohnheitsmäßig an Dissidenten, Konfessionslosen usw. vorgenommen werden.

Preußisch-nationale Spielwut.

bg. Berlin, 11. März. Im Abgeordnetenhaus wurde heute zunächst der Etat der Lotterie-Verwaltung in zweiter Lesung erledigt. Von der Budget-Kommission war eine Resolution vorgeschlagen, die, um die Mißstände, die sich aus dem unerlaubten Vertrieb fremder Lotterielose ergeben haben, zu beseitigen, entweder eine reichsgesetzliche Regelung des Lotteriewesens oder die Bildung einer Lotteriegemeinschaft der beteiligten deutschen Staaten, in jedem Falle aber die Verschärfung der Strafbestimmungen gegen den unerlaubten Vertrieb fremder Lose verlangt.

Vom Berichterstatter, dem freisinnigen Abgeordneten Ehlers, wurde dabei die köstliche Tatsache mitgeteilt, daß die Kollekteure der vereinigten thüringischen Staaten kontraktlich verpflichtet werden, 80 Prozent der ihnen übergebenen Lose in Preußen unterzubringen, wo der Vertrieb dieser Lose doch unter gesetzliche Strafe gestellt ist. Der Finanzminister Frhr. v. Rheinbaben erklärte sich mit dieser Resolution einverstanden, namentlich ist ihm der Gedanke der Lotteriegemeinschaft sympathisch, während er eine reichsgesetzliche Regelung der Frage nicht für sehr aussichtsreich hält, da hierzu eine Aenderung der Reichsverfassung notwendig wäre. Wegen der in Thüringen staatlicherseits abgeschlossenen Kontrakte, die der Minister als groben Unfug bezeichnete, will er geeignete Schritte tun.

Die Hauptsache war aber die Mitteilung des Ministers, daß die preußische Lotterie sehr verbessert werden soll, so daß sie die Konkurrenz mit den übrigen Lotterien nicht zu scheuen brauche. Die Gewinne sollen erhöht und eine Prämie eingeführt werden. In der Debatte wurde nur vom Zentrumsabgeordneten Pleß das Lotteriespiel an sich verworfen, die übrigen Redner stellten sich auf den Boden der Tatsachen und waren der Ansicht, daß mit der sogenannten Verbesserung des Spielplans eine Verschärfung der Strafbestimmungen für das Spielen in fremden Lotterien verbunden werden müsse. Es soll also eine möglichst große preußisch-nationale Spielwut entfesselt werden; wer sich aber einfallen lassen sollte, dem Spielteufel außerhalb Preußens Grenzen Opfer zu bringen, der kann sich auf größere Geldstrafen, ja vielleicht auf Freiheitsstrafen gefaßt machen. Das Spiel ist ja nicht sehr moralisch, aber wenn schon einmal Unmoral getrieben wird, dann soll wenigstens der preußische Staatssäckel seinen Vorteil haben. Das ist unsrer heutigen Gesetzgeber Weisheit letzter Schluß. —

Kaiser und Abt.

Die Eidesleistung des Kölner Erzbischofs, der sogenannte Homagialeid, ist heute in Berlin erfolgt. Der Erzbischof begleitete seine Eidesleistung mit folgender Ansprache an den Kaiser:

> Ew. Majestät haben die Gnade gehabt, zu meiner Erwählung als Erzbischof von Köln allerhöchst Ihre Zustimmung zu geben, und haben nach erfolgter Wahl und Bestätigung durch Seine Heiligkeit den Papst Leo 13. mich hierher zu befehlen geruht, um in die Hand Ew. Majestät den Eid der Treue zu schwören und nach abgelegtem Eid die allerhöchste Anerkennungsurkunde zu empfangen.
>
> Ich danke allerunterthänigst für diese Beweise königlicher Huld und stehe bereit, vor Gottes Angesicht den Schwur der Treue zu leisten. Ich tue es nicht bloß in dem Bewußtsein der Pflicht, die mir von Gottes Wort auferlegt wird, das Gehorsam gegen die von Gott eingesetzte Obrigkeit gebietet: ich tue es aus innerem Herzensdrang.
>
> Denn ich verehre Ew. Majestät in tiefster Seele als den erhabenen Herrscher, dem das Wohl aller seiner Untertanen, auch — ich freue mich, es hier aussprechen zu können — seiner katholischen Untertanen am Herzen liegt. Ich verehre in Ew. Majestät den mächtigen, tatkräftigen Fürsten, der in einer Zeit, wo vielfach Unglaube und Gottlosigkeit sich brüstet und an den Fundamenten des christlichen Volkslebens rüttelt, vor aller Welt keinen Hehl macht aus seiner christlichen Ueberzeugung, vielmehr bei den verschiedensten Gelegenheiten seinen demütigen Glauben an die Majestät Jesu Christi, als des Mensch gewordenen Gottessohnes und Erlösers der Menschheit kundgegeben hat.
>
> Als künftiger Erzbischof von Köln darf ich bei dieser feierlichen Gelegenheit an die bedeutsamen Worte zu erinnern mir erlauben, die Eure Majestät im verflossenen Sommer in der zum Kölner Erzbistum zählenden alten Kaiserstadt Aachen ausgesprochen haben, durch die Eure Majestät allerhöchst Ihre Person, sowie das kaiserliche Haus und Heer und Volk unter den Schutz des Kreuzes stellten.
>
> Die erhebenden Worte, an denkwürdiger Stätte vorgebracht, haben weithin, namentlich in unserm rheinischen Volke, jubelnden Beifall gefunden und helle Begeisterung wachgerufen für unsers erhabenen Kaisers Majestät von Gottes Gnaden.
>
> Einem solchen Herrscher Treue schwören, ist kein bloßes kaltes Pflichtgebot, ist eine Pflicht, die mit warmem Herzen und mit freudigster Zustimmung geleistet wird.
>
> Ich übernehme mit dem Amte, das ich antreten soll, eine schwere, eine verantwortungsvolle Aufgabe. Ich bin mir dessen wohl bewußt, aber verzage nicht. Ich vertraue auf die Hilfe des allmächtigen Gottes. Ich vertraue auf die Anhänglichkeit eines bewährten Klerus und eines braven, gläubigen Volkes, das treu zur Kirche und treu zum Vaterlande steht. Ich vertraue namentlich auch auf den wirksamen Schutz und das gnädige Wohlwollen Eurer Majestät und bitte allerunterthänigst, mir diesen Schutz zu bewahren, dieses Wohlwollen zu erhalten.
>
> Gott schütze, segne und erhalte Eure Majestät. Das ist mein Wunsch und mein Gebet. Er schütze, segne und erhalte auch Ihre Majestät die Kaiserin und das ganze kaiserliche Haus!

Hierauf antwortete der Kaiser:

> Ich habe mich bewogen gefunden, Sie, hochwürdiger Herr, bei Antritt Ihres Amtes persönlich zu empfangen und das eidliche Gelöbnis der Treue, welches Sie soeben abgelegt haben, selbst entgegenzunehmen.
>
> Als nach dem allzu frühen, auch von mir tief beklagten Hinscheiden des Erzbischofs Dr. Simar die Wahl des Metropolitan-Kapitels Sie auf den erzbischöflichen Stuhl zu Köln berief, habe ich zu Ihrer Erwählung gern meine Genehmhaltung aussprechen lassen. Seit mehr als 14 Jahren dem Metropolitan-Kapitel angehörig, sind Sie, namentlich durch Ihre Wirksamkeit als Weihbischof, den Aufgaben des Sie jetzt erwartenden weiten und schwierigen Arbeitsfeldes näher getreten. Ihre reiche Erfahrung wird Ihnen die Führung des neuen Amtes erleichtern. Und Ihre Pflichttreue sowie die Beweise patriotischer Gesinnung aus Ihrer früheren Tätigkeit sind mir Gewähr, daß Sie auf dem erzbischöflichen Stuhle zu Köln als guter Hirte der Ihnen anvertrauten Seelen, dem mir soeben abgelegten Gelübde getreu, in den Gemütern der Geistlichen und Gemeinden den Geist der Ehrfurcht und Treue gegen mich und mein Haus, die Liebe zum Vaterlande und

den Gehorsam gegen die von Gott geordnete Obrigkeit sowie die Eintracht unter den Bewohnern des Landes pflegen und nähren werden.

In dieser Erwartung erteile ich Ihnen meine landesherrliche Anerkennung und wünsche Ihnen, hochwürdiger Herr, zu der Verwaltung Ihres erzbischöflichen Amtes Gottes reichsten Segen.

Die pathetische Verherrlichung des Kaisers die der Erzbischof für angebracht erachtete, wird in „nationalen" Kreisen jubelnde Begeisterung erwecken. Besonders interessant ist, daß der Erzbischof in dem Kaiser denjenigen sieht, der denen rastlos entgegentreten wird, die sich mit ihrem Unglauben und ihrer Gottlosigkeit rühmen, während umgekehrt Wilhelm 2. in jenem katholischen Priester einen Geistlichen sieht, der „den Geist der Treue" gegen den Kaiser und das kaiserliche Haus pflegen wird.

So ergänzen sich Monarchie und Kirche. — Die Kirche predigt Anhänglichkeit an den irdischen, die Monarchie fördert die Treue gegen den himmlischen Herrn. Beide Mächte wirken so für einander: Wer dann an Gott glaubt, wird auch monarchisch denken; und wer königstreu ist, wird auch zur Kirche wallen.

Nicht Assyriologen und Leute, welche die Offenbarung anrempeln, können so wirksam wie katholische Priester die steile Höh' schützen, auf der evangelische Herrscher stehen. Nicht nur Roß und Reisige, also der Militarismus, sondern auch der alleinseligmachenden katholischen Kirche Dogmenglaube schützt den Herrscherthron wie Fels im Meer. —

Deutschland.

Berlin, 12. März. Der Reichskanzler hat dem Reichstag die Ergebnisse des Heeres-Ergänzungsgeschäftes für das Jahr 1901 vorgelegt. 13574 vollkommen Taugliche blieben überzählig, nachdem inzwischen 27494 freiwillig in das Landheer und 1356 freiwillig in die Marine eingetreten waren. —

— Gegen die Aufhebung des Jesuitengesetzes protestierte gestern abend eine von 2000 Personen besuchte Versammlung, die vom Evangelischen Bunde nach der „Tonhalle" einberufen war. — Diese Protestanten müssen wohl eine kolossale Angst vor den Jesuiten haben! —

— **Die Krankenkassen-Kommission des Reichstages** setzte am Mittwoch ihre Beratungen bei § 10 fort. Nach dem Regierungsentwurf sollen bei den Gemeindekrankenkassen die Beiträge von bisher 2 auf 3 Prozent des ortsüblichen Tagelohnes unter Genehmigung der höheren Verwaltungsbehörden festgesetzt werden können. Abg. Lenzmann (Freis. Vp.) beantragte, statt 3 Prozent 2½ Prozent zu setzen. Dieser Antrag wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt und die Regierungsvorlage angenommen. —

— **Als eine „sittliche Pflicht"** hat es der Staatssekretär Graf Posadowsky bezeichnet, daß das Deutsche Reich das durch die Verfassung gewährleistete geheime Wahlrecht [illegible] schütze. Die reaktionären Parteien wollen daran natürlich nichts [illegible]. Heute meldet nun eine Korrespondenz, das [illegible] werde auf einer [illegible] des Bundesrats im Verordnungswege durchgeführt werden. Das ist unzutreffend, da das Wahlreglement nur mit Zustimmung des Reichstags geändert werden kann. —

— **Minister von Feilitzsch** erläßt eine amtliche Erklärung [illegible], die Angriffe, welche eine bürgerliche Blätter gegen ihn wegen des unbeaufsichtigten Damenstifts geschleudert haben. Diese „Rechtfertigung" ist nur eine Blamage, denn darin heißt es u. a.:

Die Klagen der Stiftsgenossinnen, soweit sie einzelne Vorkommnisse betrafen, waren meistens geringfügiger Natur, sie richteten sich mehr gegen das **herzlose und leidenschaftliche** Wesen der Vorsteherin im allgemeinen.

Der Vorsteherin wurden zufolge jener Klagen der Stiftsdamen mehrfache scharfe schriftliche und mündliche Verweise erteilt. Namentlich war dies auch der Fall anläßlich der Beschwerde des früheren **Stiftsarztes**, wegen deren die Vorsteherin **wiederholt** zur Verantwortung gezogen wurde.

Obwohl die Person wegen ihres herzlosen und leidenschaftlichen Verhaltens, namentlich auch auf [illegible] des Stiftsarztes [illegible] zur Verantwortung gezogen wurde, [illegible] doch mehr als [illegible]. —

— **Die Scharfmacher an der Arbeit.** Eine allgemeine Arbeitgeber-Versammlung ist zum 23. d. M. nach Berlin einberufen. Der Zentralausschuß der vereinigten Innungsverbände Deutschlands hat, der „Norw.-Welt. Ztg." zufolge, in Gemeinschaft mit dem Innungsausschuß der vereinigten Berliner Innungen Einladungen an alle Arbeitgeberkorporationen ergehen lassen zu einem Protest gegen die neuerdings in Aussicht gestellte [illegible] durch die [illegible].

[illegible] —

— **Zur Frage der [illegible]** [illegible] —

— **Zentrum und Polen.** Die „Germania" und die „Köln. Volksztg." [illegible] —

— **[illegible]** Das [illegible] der „Germania" [illegible] des „Evangelischen Bundes zur Wahrung deutsch-protestantischer Interessen" [illegible], in dem es u. a. heißt:

„[illegible] daß [illegible] der evangelischen Bekenntnisse, [illegible] Gemeinde [illegible] von der Kanzel abzukündigen und schließlich, wenn [illegible] dieselben auch von der [illegible] ausgeschlossen sein sollen."

[illegible] die Bekenntnisse des Evangelischen Bundes über die Unduldsamkeit der Jesuiten [illegible].

— **Eine Polizeiaktion gegen die Gewerkschaftsbewegung.** [illegible]

halten und dabei die Geschäftsbücher, Protokolle und sonstige Papiere beschlagnahmt. — Wieviel glücklicher könnte man in Deutschland leben, wenn es keine Polizei gäbe! —

— **Noch ein Denkmal des Alten Fritz.** Dem Berliner „Lok.-Anz." zufolge beabsichtigt der Kaiser, auf dem Döberitzer Manövergelände Friedrich dem Großen einen Denkstein zu setzen. — Mit diesem Denkstein wird die Regierung nicht so große Schwierigkeiten haben, wie mit dem in Amerika, dessen Aufstellung einstweilen unterblieben ist. —

— **Die Pferde des Kaisers und die Monarchisten.** Der „Berliner Lokal-Anzeiger" schreibt:

Die für den Absperrungsdienst bei den Ausfahrten des Kaisers kommandierten Schutzleute haben die Anweisung erhalten, das Schwenken der Taschentücher seitens des Publikums bei der Anfahrt des Monarchen tunlichst zu verhindern. Der Kaiser hat dem Polizeipräsidenten gegenüber wiederholt darauf hingewiesen, daß das Andrängen des Publikums an den kaiserlichen Wagen, das Werfen von Blumensträußen und das Schwingen von Taschentüchern die Pferde beunruhigen und scheu machen könne. Die Schutzleute haben nunmehr die Anordnung erhalten, die an den Bürgersteigen stehenden Zuschauer bei der Annäherung des Kaiserpaares stets darauf aufmerksam zu machen, daß mit Taschentüchern nicht gewinkt werden soll.

Mit Taschentüchern soll also nicht gewinkt werden, weil der Kaiser fürchtet, daß ihm das Publikum seine Pferde scheu macht. — Wir können diesen Aerger des Kaisers verstehen und haben uns oft darüber gewundert, daß es erwachsene Leute geben kann, welche den Monarchen in dieser Weise belästigen. — Sozialdemokraten werden durch den polizeilichen Schutz, der den Pferden des Kaisers zu teil werden soll, bekanntlich nicht berührt. Unsere Genossen haben noch nie die Pferde des Kaisers beunruhigt. —

Oesterreich-Ungarn.

Der russische Absolutismus durch Oesterreich geschützt!

Nach einer Meldung aus Lemberg hat gestern vor dem Kreisgericht in Tarnopol ein Prozeß gegen ruthenische Sozialistenführer und russische Studenten begonnen, die beschuldigt werden, große Mengen aus London und der Schweiz kommende revolutionäre Druckschriften über die russische Grenze eingeschmuggelt und in Galizien verbreitet zu haben. —

Frankreich.

Schutz den Soldaten.

ct. Charakteristisch für die Zustände, wie sie der moderne Militarismus in unseren Kulturstaaten geschaffen hat, ist die Gründung eines Vereins, die schon vor längerer Zeit in Frankreich vorgenommen wurde. Es handelt sich um eine Liga, welche sich das Ziel gesetzt hat, den gemeinen Soldaten zu schützen und zu verteidigen. Der moderne, bis an die Zähne bewaffnete Krieger muß also von Zivilpersonen in Schutz genommen werden; das bezeichnende ist, daß der Soldat dieses Schutzes in der Tat bedarf. Diese Liga hat sich die Aufgabe gestellt, den Generalstab (der eine so unangenehme Rolle in der Dreyfus-Affäre spielte) zu beseitigen; ferner will sie den Soldaten gegen die schändlichen Mißhandlungen schützen, denen er in der Kaserne von seinen Vorgesetzten preisgegeben ist, und schließlich fordert die Liga die Abschaffung der Kriegsgerichte und Unterstellung der Soldaten unter die bürgerliche Gerichtsbarkeit. In der General-Versammlung, die dieser Tage in Paris stattfand, wurde mitgeteilt, daß die Petition für Abschaffung des Generalstabes bereits 40000 Unterschriften zählt. Im Monat Februar habe die Liga um 25 Sektionen zugenommen. 16 andere würden demnächst begründet. Es wurde ferner bekannt, daß in Brüssel eine ähnliche Organisation begründet wurde, wie die Liga überhaupt sich über die Grenzen Frankreichs hinaus verbreiten will. Der Sitz der Liga ist 142 Rue [illegible], Paris. Sekretär: J. [illegible]. —

Die Kinderausbeutung in den französischen Klöstern.

ct. Kaum ist der Skandal von Nancy [illegible] und die [illegible]

Italien.

Die Lage der Reisarbeiter und -Arbeiterinnen.

[illegible]

sundheitsrats. Darauf antwortet der Ackerbauminister, daß diese Körperschaft nochmals in die Prüfung der Frage eintreten werde. —

Rußland.

Gegen den Zarismus.

Nach einer Meldung des „Berl. Tagebl." aus Petersburg erregt daselbst die vor einigen Tagen erfolgte Verhaftung zweier Artillerie-Offiziere, welche die Nikolai-Akademie des Generalstabes besuchen, großes Aufsehen. Die Verhaftung erfolgte auf Grund einer in ihrer Abwesenheit vorgenommenen Haussuchung, welche untrügliche Beweise dafür zu Tage förderte, daß sich beide Offiziere seit längerer Zeit mit revolutionärer Propaganda unter den Soldaten befaßten und dieselben durch Broschüren zum Ungehorsam gegen den Zaren und die Regierung aufforderten. —

Kleine politische Nachrichten. Als Unterhändler für die Handelsvertrags-Verhandlungen der Schweiz mit Deutschland, Oesterreich-Ungarn und Italien wurden vom Bundesrat gewählt Nationalrat Oberst Künzli, Großfabrikant in Aarau, und Alfred Frey in Zürich. — Chamberlain ist in Funchal auf Madeira angekommen. Der Minister war vier Tage gichtkrank, befindet sich aber besser. — Bei Beratung der Streikvorlagen im Haag, die heute fortgesetzt werden wird, sprach Ministerpräsident Kuyper gestern die Hoffnung aus, daß der Ausstand sich noch werde vermeiden lassen. —

Gewerkschaftsbewegung.

Streiks, Lohndifferenzen und Aussperrungen.

Schneider. In Jena sind 38 Schneidergehilfen ausgesperrt. Wenn bis Sonnabend nicht eine Einigung auf der Grundlage der von den Gehilfen zur ersten Tarifklasse eingereichten Forderung zu stande kommt, dann treten am Sonnabend die Gehilfen der zweiten Tarifklasse in den Ausstand. Der Gewerkverein der Schneider hat sich dem Vorgehen des Verbandes der Schneider vollkommen angeschlossen. — In Erlangen sind die Schneider ebenfalls am Montag in den Ausstand getreten. Sie hatten Lohnaufbesserungen gefordert, statt dessen legten ihnen die Arbeitgeber einen Tarif vor, der für verschiedene Geschäfte eine Lohnherabsetzung bedeutet. — Auch die Schneider in Arnstadt (Thüringen) haben mit der Einreichung eines neuen Tarifes eine Lohnbewegung begonnen. —

Metallarbeiter. In der Maschinenfabrik und Eisengießerei von Ernst Schieß in Düsseldorf haben sämtliche Former und Kernmacher wegen fortgesetzter Akkordherabsetzung gekündigt. — In den Gießereien in Solingen und Wald wird es voraussichtlich zu Differenzen kommen. Zuzug ist fernzuhalten. — In der Jacquardmaschinen-Fabrik von O. Schleicher in Greiz sind Differenzen ausgebrochen, weil die Löhne um 30 Prozent herabgesetzt wurden. — In der Herdfabrik von Krefft in Gevelsberg bei Hagen stehen sämtliche Schleifer im Ausstand. Die Firma sucht durch auswärtige Zeitungen Ersatzkräfte. —

Schiffszimmerer. In Glückstadt sind die Schiffszimmerer der Werft von S. u. H. Gehlsen entlassen worden, weil sie eine Erhöhung des Stundenlohnes von 38 auf 40 Pfennig forderten. —

Der scharfmacherische Lloyd. Auf Anordnung des Norddeutschen Lloyd sind zwei bei den Stauern beschäftigte Arbeiter entlassen worden, die nichts weiter verbrochen hatten, als als Mitglieder der neulich entsandten Abordnung mit dem Direktor Leist verhandelt und die vom Vorstande des Norddeutschen Lloyd über den Verlauf dieser Verhandlungen gegebenen Darstellungen in einer öffentlichen Erklärung als unrichtig bezeichnet zu haben. —

Die Hafenarbeiter von Marseille hatten durch Referendum festgestellt, daß die Mehrzahl ihrer Berufsgenossen für eine neunstündige Arbeitszeit eintreten. Sie teilten dies den Reedern mit und ersuchten um Unterhandlung. Die Unternehmer haben jetzt geantwortet, daß sie in Unterhandlungen gern eintreten würden, daß diese aber nach dem gegenwärtigen Stande der Geschäfte nur nach der Richtung einer Herabsetzung des Lohnes sich bewegen könnten. Diese Ablehnung hat in den Kreisen der Arbeiter große Unzufriedenheit hervorgerufen und es kann leicht zu einem neuen Konflikt zwischen den Reedern und Hafenarbeitern kommen. —

Der Heizerstreik in Rom dauert fort. Die Unterhandlungen, die zwischen den Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer im Beisein des Präfekten stattgefunden haben, führten zu keinem Ziel. Diejenigen Heizer, welche zur Zeit in Arbeit sind, hielten eine besondere Versammlung ab und beschlossen, zur Unterstützung der Streikenden 10 Prozent ihres Wochenlohns abzugeben. —

ct. **Ein Streik der Bäckermeister** ist in Sainte Florine (Haute Loire) ausgebrochen. Um den Preistreibereien der Bäckermeister ein Ziel zu setzen, erließ der sozialistische Bürgermeister des Ortes, [illegible], im Jahre 1900 eine Verordnung, wonach der Preis und das Gewicht des Brotes gemäß den in den angrenzenden Orten üblichen festgesetzt wurde. Vor kurzem benachrichtigten die Bäcker den Bürgermeister, daß sie vom 2. März ab den Preis des Brotes um 5 Centim. erhöhen würden. Der Bürgermeister und Gemeinderat lehnten die Erhöhung ab; sie hielten dieselbe so lange nicht für gerechtfertigt, als die Bäckermeister der angrenzenden Orte nach der alten Taxe weiter verkaufen. Darauf beschlossen die Bäckermeister, die Produktion des Brotes einzustellen; der Gemeinderat sorgte jedoch für Brotlieferungen aus der Umgegend. —

Eine „freiwillige" Kundgebung aus Arbeiterkreisen soll, wie die „Sächsische Arbeiter-Zeitung" erfährt, demnächst in den Dresdner „Neuesten Nachrichten" das Licht der Welt erblicken. Die Leitung der Siemensschen Glasfabriken fühlt sich begreiflicherweise arg bedrückt durch die Kritik, welche die scharfmacherischen Praktiken der Glasfabrikanten neulich im Reichstage von sozialdemokratischer Seite erfuhren. Zunächst hatten nun die Leiter der Siemensschen Werke eine „Arbeiterkundgebung" an den Reichstag geplant. Hiervon ist man jedoch abgekommen. Statt dessen will man die „Protestkundgebung", mit den „freiwilligen" Unterschriften der Arbeiter versehen, in den

Beilage zur Volksstimme.

Nr. 61. Magdeburg, Freitag den 13. März 1903. 14. Jahrgang.

Deutscher Reichstag.

(281. Sitzung.)

Berlin 11. März 1903.

Am Bundesratstisch: v. Goßler.

Einige Rechnungssachen werden ohne Debatte erledigt. Darauf wird die

zweite Lesung des Militäretats

fortgesetzt beim Kapitel „Technische Institute der Artillerie".

Abg. Zubeil (Soz.): Herr Pauli hat sich gestern in seiner Furcht, nicht wiedergewählt zu werden, als Vertreter der Spandauer Arbeiter aufgespielt. Im vorigen Jahre war er einer der eifrigsten Sekundanten der Heeresverwaltung. Jetzt sollen freilich die Arbeiter so von ihm begeistert sein, daß sie ihm, wie mir aus Spandau mitgeteilt wurde, einen Fackelzug bringen. (Große Heiterkeit.) Früher hat Herr Pauli herzlos und höhnisch von der Not der Arbeiterschaft gesprochen — —

Präsident Graf Ballestrem rügt diesen Ausspruch als unzulässig.

Abg. Zubeil (fortfahrend): Herr Pauli, Ihre Stunde hat geschlagen. (Große Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Dafür werden gerade die Spandauer Arbeiter sorgen.

In den Spandauer Artilleriewerkstätten wird so unrationell wie möglich gearbeitet. Dabei sind die Löhne der Arbeiter niedriger als in der Privatindustrie. Die Arbeiter haben gar keinen Einfluß auf die Gestaltung der Lohnverhältnisse.

Würde die Heeresverwaltung das überflüssige Aufsichtspersonal einschränken, dann könnte sie viel sparen. Redner kritisiert eingehend die neue Lohnordnung die am Akkordsystem mit Zähigkeit festhalte. Wenn die Arbeiter Erhöhung des Stundenlohnes um einige Pfennige verlangen, wird ihnen gedroht, daß die Bude zugemacht wird. Die neue Lohnordnung bringt nur in zwei Fällen Lohnerhöhung, in acht Fällen aber Lohnabzüge. (Hört, hört!) Die Einteilung der Arbeiter, die dieselbe Arbeit verrichten, in zwei Lohnklassen öffnet der Willkür der Meister Tür und Tor, so daß nur noch Günstlinge in die erste Klasse kommen. Statt die Arbeitszeit von 10 auf 9 oder 8 Stunden zu verkürzen, sind im vorigen Herbst 1600 Arbeiter Knall und Fall entlassen worden. Ist das soziale Fürsorge? Arbeiter über 40 Jahre werden bei den Spandauer Werkstätten überhaupt nicht angestellt. Die bevorzugten Stellungen werden nicht nach Kenntnissen, sondern nach Gunst besetzt. Statt mit anständigen Löhnen, sucht man die Arbeiter mit Titeln, wie Maurer, Obermaurer, Oberschlosser usw. satt zu machen. Redner gibt darauf eine eingehende Lohnstatistik der Spandauer Werkstätte. Selbst die Kommune Spandau bezahlt ihren Handlangern als Anfangsgehalt 3,50 Mark, die Werkstätten aber den königlichen Lohn von 3 Mark.

Selbst die Arbeiterinnen haben wiederholt vergebens gebeten, ihnen die verkürzte achtstündige Arbeitszeit zukommen zu lassen. Die patriotischsten Arbeiter wurden wild, als ihnen diese neue Lohnordnung auf den Weihnachtstisch gelegt wurde. Wer diese Lohnordnung nicht unterschreibt, der kann — so wurde kategorisch erklärt — seine Kündigung erwarten. (Hört, hört!) Wenn ich all das Material vortragen wollte, das mir aus Spandau zugegangen ist, müßte ich acht Stunden reden. Nach Herrn Paulis eigenen Mitteilungen an eine Spandauer Arbeiterdeputation hat ihm der Kriegsminister vertraulich erklärt, wenn ein Sozialdemokrat gewählt werde, würden die Staatswerkstätten aus Spandau fortgenommen werden. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) — Noch ein Wort über die Wohlfahrtseinrichtungen. In die Verwaltung der Kantinenkassen haben die Arbeiter nichts dreinzureden; Unterstützungsgesuche werden abgeschlagen, weil kein Geld da sei; aber für Kaisergeburtstags- und Sedanfeier sind voriges Jahr 2100 Mark ausgegeben worden. Die Klosetts haben noch immer keine Wasserspülung. Kontrollierende Beamte scheuen sich nicht, mit Stiefeln durch die Räume der Pulverfabriken zu gehen und so das Leben vieler Menschen zu gefährden. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) — Die Verwaltungen der Krankenkassen der Spandauer Werke machen Ersparnisse auf Kosten der Gesundheit der Arbeiter. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Daß die Arbeiterausschüsse einfach nicht in der Lage sind, ihre Pflichten zu erfüllen, hat gestern schon der schlichte Mann aus der Werkstatt (Heiterkeit links) ausgeführt.

Durch das Submissionswesen, wie es auf den Spandauer Werken blüht, wird das Zwischenmeisterwesen und damit das gemeinhin mit außerordentlich schlechten Löhnen verbundene Schwitzsystem befördert. Das Elend der Heimarbeiter ermöglicht die billigen Submissions-Bedingungen, aus denen die Kasernenverwaltung Nutzen zieht. Der Heeresverwaltung ist alles das bekannt, sie macht sich aber keine Kopfschmerzen darüber!

Weit entfernt, Musterbetriebe zu sein, stehen die Spandauer Militärwerkstätten weit hinter zahlreichen Privatbetrieben zurück. So lange diesen Mißständen nicht abgeholfen wird, so lange werden wir nicht aufhören, von dieser Stelle aus dieselben auf das schärfste zu kritisieren! (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Pauli-Potsdam (kons.): Ich bin sehr stolz darauf, ein schlichter Mann aus der Werkstatt zu sein. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Herr Zubeil ist nicht der schlichte Mann aus der Werkstatt, sondern er ist der Mann, der sich von den Arbeitergroschen ernähren läßt. (Große Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Wenn in diesem Tone Arbeiterwünsche vorgetragen werden, so wird sie die Militärverwaltung sicher nicht erfüllen. Herr Zubeil liest sich einige Arbeiter aus jedem Institute aus und hält mit ihnen geheime Konferenzen ab. Aus diesem Ausschuß wählt er dann Leute aus, denen er den Auftrag gibt, aufzupassen, was ich sage. Das erinnert an die Leute, die auf den Bahnhöfen herumlungern, um die Provinzialen zu rupfen. (Unruhe bei den Sozialdemokraten.) Mich überschleicht ein Gefühl, das man mit dem Ausdruck „Ekel" bezeichnet (Heiterkeit rechts); ich werde mich daher mit Herrn Zubeil nicht weiter auseinandersetzen. (Bravo! rechts.)

Generalmajor v. Einem: Nach den Schilderungen des Abgeordneten Zubeil muß man sich wundern, daß es überhaupt noch Militär-Arbeiter in Spandau gibt. Es liegen aber Anmeldungen von nahezu 10 000 Arbeitern vor. (Hört, hört! rechts.) — Redner wendet sich alsdann gegen die Ausführungen des Abgeordneten Zubeil über die Spandauer Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Große Privatbetriebe, wie z. B. der von Dittmann in Berlin, bleiben hinter den von uns in Spandau gezahlten Löhnen zurück. (Hört, hört! rechts.) Wenn wir die besten Vorarbeiter für die Sozialdemokraten sind, wie Herr Zubeil sagt, ja, warum fordert er uns denn auf, uns zu bessern? Dann kann er ja ganz zufrieden mit uns sein? (Heiterkeit.) Wir werden es bedauern, wenn der Wahlkreis in sozialdemokratische Hände fällt; an unsrer wohlwollenden Haltung gegenüber den Arbeitern wird das aber nichts ändern. (Lebhafter Beifall rechts.)

Abg. Zubeil (Soz., mit großem Lärm rechts empfangen): Der schlichte Mann aus der Werkstatt (Rufe rechts: lauter!) war zu feig, mir Rede zu stehen wegen der Beschuldigung, die er gegen mich erhoben, daß ich mich von Arbeitergroschen ernähre. (Ruf rechts: lauter!) Wenn er nun einfach Reißaus nimmt, so zeigt er, was für einen Charakter er besitzt. Diese Antwort will ich dem Mann aus der Werkstatt, Herrn Pauli, geben. (Glocke des Präs.)

Präs. Graf Ballestrem: Wenn Sie einen Abgeordneten der Feigheit beschuldigen, so rufe ich Sie zur Ordnung. (Große Unruhe bei den Sozialdemokraten. Ruf: Warum wird Pauli nicht zur Ordnung gerufen?) Ich bitte, die mir unverständlichen Zwischenrufe zu unterlassen. Das Wort hat nur der Herr Abgeordnete Zubeil!

Abg. Zubeil (fortf.): Herr Pauli könnte hier nicht anwesend sein, wenn nicht die Arbeiter, die bei ihm tätig sind, ihm die Mittel dazu gewähren würden. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Ich war vorhin zu vornehm (lautes Gelächter rechts), Herrn Pauli daran zu erinnern, daß er die Annahme des Reichstagsmandats von dem 15 Mark-Mandat im preußischen Landtag abhängig machte. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Wir haben hier in der Tat ein ausgezeichnetes Exemplar aus der Werkstatt vor uns. (Große Heiterkeit.) Der Oberleutnant, gegen den vor zwei Jahren hier auf Grund der Aussagen des Arbeiters Heister schwere Beschuldigungen erhoben wurden, ist zum Zeughauptmann befördert worden, der Arbeiter aber nicht wegen Beleidigung verklagt worden. Ich hoffe, daß die Heeresverwaltung über diesen Fall Auskunft gibt. — Ich bin mit den Verhandlungen sehr zufrieden, die Arbeiter werden daraus ersehen, wie die Leitung der Betriebe über die Zustände denkt. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Generalmajor v. Einem: Der Leutnant Koltermann war von dem Arbeiter Heister aus Rachsucht verschiedener Unterschlagungen beschuldigt worden. Die Untersuchung ergab seine völlige Unschuld. (Hört, hört! rechts.) Ich schließe, indem ich Herrn Zubeil das Wort Wallensteins zurufe: „Laß es genug sein, Levi, komm' herab. Es graut der Tag und Mars beherrscht die Stunde." (Stürmische Heiterkeit.)

Damit schließt die Debatte. Das Kapitel wird bewilligt. — Es folgt dann die gestern ausgesetzte Abstimmung über die Gehaltserhöhung der Oberstleutnants, deren Streichung die Kommission beantragt hatte. Der Antrag v. Normann (kons.) auf Wiederherstellung der Regierungsvorlage wird gegen die Stimmen der Rechten und Nationalliberalen abgelehnt und der Kommissionsvorschlag angenommen.

Beim Titel 7 des Kapitels 24 (Mannschaften) ergreift das Wort

Abg. Bebel (Soz.): Graf Roon hält die zweijährige Dienstzeit nicht für ausreichend. Es gibt aber einen sehr erheblichen Bruchteil in der Armee, der die bestehende 2jährige Dienstzeit nicht voll ausfüllt. Schon vor 10 Jahren hat der Reichstag in einer Resolution eine Nachweisung über die zahlreichen Abkommandierungen verlangt. Es hat aber nichts geholfen; im Gegenteil ist die Zahl der Abkommandierungen noch bedeutend gestiegen. An 30 000 Mann sind abkommandiert zur Dienstleistung und Küchendiensten bei Offizieren, Unteroffizieren usw. zu Maurer-, Anstreicher-, Tischler-, Gärtnereidiensten usw. Zu ganz privaten Diensten, wie zum Ausbessern der Offiziermöbel, werden Soldaten kommandiert. Zu den 30 000 ständig Abkommandierten treten periodisch zu Erntearbeiten usw. abkommandierte Mannschaften. Gesuche von Gutsbesitzern um Ueberlassung von Soldaten zu Erntearbeiten werden fast nie abgelehnt. Wir sind prinzipiell gegen alle derartigen Ueberlassungen von Soldaten an Private; daß sie trotzdem in solcher Häufigkeit vorkommen, ist für uns ein vollgültiger Beweis dafür, daß die zweijährige Dienstzeit lange genug ist. (Zuruf bei den Sozialdemokraten.) — In Breslau werden Soldaten von wohlhabenden Leuten zur Reisezeit zum Koffertragen benutzt; die Soldaten erhalten dafür einen Lohn, der um 50 Pf. niedriger ist, als der ortsübliche Tagelohn. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Wir müssen gegen dies Verfahren umsomehr protestieren, als in Breslau Tausende von Arbeitern keine Arbeit bekommen können.

Redner weist weiter darauf hin, daß die Militärverwaltung sich um die religiöse Ueberzeugung der Soldaten nicht zu kümmern habe, vorausgesetzt, daß der Soldat seine Dienstzeit nicht dazu benutzt, agitatorisch tätig zu sein. Wir halten es auch für gerechtfertigt, daß den Leuten verwehrt wird, während der Dienstzeit politisch agitatorisch tätig zu sein. Gerade in letzter Zeit sind wiederholt Fälle vorgekommen, daß die Offiziere sich alle Mühe gaben, Leute, die keiner staatlich anerkannten Kirchengemeinschaft mehr angehören, in dieselbe zurückzuführen. Es geht die Vorgesetzten aber gar nichts an, was die Soldaten für eine religiöse Ueberzeugung haben. Ein solches Verfahren steht doch in schneidendem Widerspruch mit allen deutschen Verfassungen. Ich halte es auch für unrecht, wenn die Soldaten zwangsweise Sonntags zur Kirche kommandiert werden. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Ledebour (Soz.) führt über die vielfach unlautere Konkurrenz der Militärmusiker gegenüber den Zivilmusikern Klage. Leider bevorzugt der niedrige Geschmack des Konzert-Publikums die Militärmusiker wegen der bunten Uniformen. (Heiterkeit.)

Abg. Graf Roon (kons.) erklärt, Erntebeurlaubungen würden von den Gutsbesitzern nur ungern nachgesucht. Es gebe aber Witterungsverhältnisse, in denen mit den eigenen Leuten die Sache nicht zu bezwingen sei. — Es sei die Pflicht und das Recht jedes Offiziers, seine Leute des Sonntags in die Kirche zu führen, damit der christliche Geist in unsrer Armee erhalten bleibt. (Bravo! rechts.)

Abg. Bebel (Soz.): Graf Roon hat von der Heiligkeit des Eides gesprochen. Der Fahneneid wird aber abgenommen ohne Rücksicht auf den religiösen Glauben des Betreffenden. Redner führt noch zwei weitere Fälle an, in denen Soldaten zu außerdienstlichen Arbeiten herangezogen sind, so zu Arbeiten für eine Ausstellung der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft und für das große deutsche Bundesschießen. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Für die letztere Veranstaltung zu dem ausgesprochenen Zweck, große Summen an Arbeitslöhnen zu sparen. Redner bringt noch einen Fall zur Sprache, in dem einem freiwillig sich stellenden Soldaten der Bescheid erteilt ist, seiner Meldung könne nicht stattgegeben werden, weil er Mitglied eines auf sozialdemokratischem Boden stehenden Verbandes sei. Der angeblich sozialdemokratische Verband ist eine Gewerkschaft, die von niemand die Ablegung eines politischen Glaubensbekenntnisses verlangt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Damit schließt die Diskussion; der Titel wird bewilligt; ebenso eine Reihe weiterer Titel.

Darauf vertagt sich das Haus.

Präsident Graf Ballestrem schlägt vor, die nächste Sitzung abzuhalten am Donnerstag 1 Uhr mit der Tagesordnung: Fortsetzung der Beratung des Militäretats.

Abg. Dr. Barth (Freis. Vg.) beantragt, da das Haus jetzt beschlußfähig sei, die Wahlprüfungen auf die Tagesordnung zu setzen.

Feuilleton.

Nachdruck verboten.

Kenilworth.

Roman von Walter Scott.

Aus dem Englischen übersetzt von E. von Hohenhausen, durchgesehen und bearbeitet von J. Pederzani-Weber.

(74. Fortsetzung.)

Die beiden Nebenbuhler sahen sich mit finstern Blicken an, als wolle keiner den Anfang zur Ausführung des königlichen Willens machen.

„Sussex," sprach Elisabeth, „Ich bitte — Leicester, Ich befehle."

Der Ton, den sie diesen Worten gab, machte, daß die Bitte wie Befehl, und der Befehl wie Bitte klang. Beide blieben stumm stehen, bis die Königin ihre Stimme zu einem Ton erhöhte, der sowohl Ungeduld wie bestimmten Befehl ausdrückte.

„Sir Henry Lee," sagte sie zu einem Offizier in ihrem Gefolge, „haltet sogleich eine Wache bereit und bemannt ein Fahrzeug. — Mylords von Leicester und Sussex, ich bitte Euch noch einmal, gebt Euch die Hände; und Gottes Tod! wer nicht gehorcht, soll die Luft unsers Towers einatmen, ehe er wieder Unser Angesicht erblickt. Ich will Eure stolzen Herzen bändigen, so wahr ich eine Königin bin."

„Das Gefängnis wäre zu ertragen," sprach Leicester, „aber Ew. Majestät Anblick entbehren, das hieße Licht und Leben auf einmal verlieren. Hier, Sussex, ist meine Hand."

„Und hier," erwiderte Sussex, „ist die meine, auf Treu' und Glauben, aber —"

„Nein, mit Gunst, Ihr sollt nichts mehr hinzufügen," sprach die Königin, „so muß es sein," fuhr sie fort, gnädiger auf sie blickend. „Wenn Ihr, die Hirten des Volks, einig seid, so steht es gut mit der Herde, die Wir regieren. Denn, Mylords, Ich sage es Euch gerade heraus, Eure törichten Streitigkeiten haben sonderbare Unordnungen unter Euren Anhängern veranlaßt. Mylord, Ihr habt einen Edelmann in Eurem Haushalt, Varney genannt."

„Ja, gnädigste Herrin, ich stellte ihn Euch zum Handkuß vor, als Ihr zuletzt in Nonsuch waret."

„Sein Aeußeres ist nicht übel," sprach die Königin, „aber doch nicht so schön, daß man begreifen kann, wie ein Mädchen von Stand und Ansprüchen seinetwegen ihren Ruf zerstören und seine Geliebte werden konnte. Dies ist aber geschehen. Euer Geselle hat die Tochter eines wackern alten Ritters in Devonshire, des Sir Hugh Robsart von Lidcote-hall, verführt, und sie ist mit ihm aus ihres Vaters Haus entflohen wie eine Verworfene. Seid Ihr krank, Mylord Leicester? Ihr werdet ja bleich wie der Tod."

„Nein, gnädigste Königin," sprach Leicester, und es kostete ihm alle mögliche Anstrengung, diese wenigen Worte herauszubringen.

„Ihr seid gewiß krank, Mylord!" rief Elisabeth, hastig redend und mit eiligem Schritt sich ihm nähernd, so daß ihre große Teilnahme an ihm sichtbar wurde. „Ruft Masters, ruft Unsern Leibarzt, was zögern diese müßigen Narren? Wir verlieren den Stolz Unsers Hofes durch ihre Nachlässigkeit. Oder wäre es möglich, Leicester," fuhr sie fort, ihn sehr freundlich anblickend, „kann die Furcht, Meine Ungnade erregt zu haben, so mächtig auf Euch wirken. Fürchtet keinen Augenblick, edler Dudley, daß Wir Euch die Torheit Eures Dieners anrechnen werden. Wir wissen, daß Eure Gedanken mit ganz andern Dingen beschäftigt sind. Wer das Adlernest erklimmen will, der denkt nicht daran, in der Tiefe eines Abgrunds Hänflinge zu fangen."

„Siehst Du wohl," sagte Sussex heimlich zu Raleigh, „der Teufel hilft ihm gewiß; was einen andern zehn Klafter tief hinabgestürzt hätte, das läßt sein Schiff noch schneller segeln. Hätte einer von meinen Anhängern das getan —"

„Ruhig, mein edler Lord," sagte Raleigh, „um Gottes Willen. Wartet nur das Sinken der Flut ab; es wird gleich beginnen."

Der scharfe Beobachtungsgeist Raleighs täuschte ihn diesmal nicht; Leicesters Bestürzung war so groß und überwältigte ihn für den Augenblick so vollständig, daß Elisabeth, nachdem sie ihn befremdet angeschaut und keine erklärende Antwort nach den ungewöhnlichen Beweisen von Gnade und Zuneigung, die ihr entschlüpft waren, erhielt, ihren scharfen Blick auf die Hofleute richtete, in deren Antlitz sie wahrscheinlich etwas las, was ihren eigenen jetzt erwachenden Argwohn bestätigte. „Nun," rief sie plötzlich aus, „oder wäre mehr an der Sache, als Wir jetzt sehen, oder als Ihr, Mylord, Uns sehen lassen möchtet? Wo ist dieser Varney? Wer hat ihn gesehen?"

„Ew. Majestät erlauben," sagte Bowyer, „es ist derselbe, den ich soeben an der Tür des Audienzzimmers zurückwies?"

„Was erlauben!" rief Elisabeth erbittert, der in diesem Augenblick wohl niemand etwas recht gemacht hätte. „Ich erlaube nicht, daß er sich unbescheiden in Meine Gegenwart drängt, aber das auch nicht, daß Ihr die Tür vor jemand verschließt, der sich wegen einer Anklage rechtfertigen will."

„Ew. Majestät erlauben," sprach der bestürzte Zeremonienmeister, „wüßte ich, wie ich in dergleichen Fällen mich zu betragen habe, so würde ich mich hüten — —"

„Ihr sollter des Burschen Anliegen Uns gemeldet haben, Herr Zeremonienmeister, und Unsre Befehle darüber vernehmen. Ihr haltet Euch für etwas Großes, weil Wir um Euretwillen einem Edelmann Verweise gaben; aber Wir halten Euch nur für das Bleigewicht, welches die Tür offen hält. Ruft diesen Varney augenblicklich herein; ein gewisser Tressilian ist auch in dieser Bittschrift erwähnt; laßt beide vor Uns treten."

Man gehorchte ihr; Tressilian und Varney mußten kommen. Varneys erster Blick fiel auf Leicester, der zweite auf die Königin. In den Blicken der letzteren sah er einen herannahenden Sturm und in dem niedergeschlagenen Gesicht seines Gönners konnte er keine Weisung lesen, wie er sein Schiff steuern müsse, um jenem zu begegnen. Er sah auch auf Tressilian, und auf einmal wurde ihm die Gefahr offenbar, in welcher er sich befand. Varney war ebenso frech und schnell von Verstand, als listig und gewissenlos: eine geschickter Steuermann in äußerster Not und sich der Vorteile bewußt, die er erringen würde, wenn durch ihn Leicester dieser Gefahr entginge, auch überzeugt, daß sein Untergang dem seines Herrn folgen werde.

(Fortsetzung folgt.)

Präsident Graf Ballestrem erklärt, erst die zweite Lesung des Etats beendigen zu wollen. Dr. Barth wisse ja auch noch gar nicht, wie lange die Voraussetzung seines Vorschlags zutreffen werde.

Als Abg. Dr. Barth, um die Herbeiführung eines Beschlusses des Hauses über seinen Antrag bittet, bezweifelt Abg. v. Staudy (kons.) die Beschlußfähigkeit des Hauses. (Es sind etwa 40 Abgeordnete anwesend.)

Präsident Graf Ballestrem schließt sich diesem Zweifel an; es bleibt also bei seinem Vorschlag.

Schluß 6½ Uhr. —

Die Polizeiagitation in Rußland.

Man schreibt der „New-Yorker Volksztg." aus Rußland:

Ein Rundschreiben des Ministers des Innern, v. Plehwe, schrieb gleich nach den Bauernunruhen vor, daß die Chefs der Landpolizei ihre Distrikte zu befahren und Propaganda gegen die revolutionäre Bewegung zu betreiben haben. Wie es vorauszusehen war, sind die Bauern erst durch das Auftreten der Polizei in der ihnen zugewiesenen Rolle auf die regierungsfeindlichen Ideen aufmerksam gemacht worden. Die in dieser Hinsicht gesammelten bösen Erfahrungen haben den Minister des Innern gezwungen, Konterdampf zu geben. Darüber liegt das folgende, streng vertrauliche Schriftstück vor:

An die Herren Chefs der Landpolizei. In dem Zirkular des Polizeidepartements vom 9. Juli d. J. unter Nr. 4592 wurde verlangt, daß die Chefs der Polizei die Dörfer befahren und persönlich in den Gemeindeversammlungen die Bauern aufklären, auf daß diese alle Personen anhalten, die in den Dörfern erscheinen, um die revolutionäre Literatur zu verbreiten oder Gerüchte über die Zuteilung von Grund und Boden verstreuen. Jetzt hat der Minister des Innern empfohlen, den Bauern nur dort zuzureden, wo Fälle passiven Verhaltens ihrerseits bei der Verbreitung der revolutionären Schriften beobachtet worden sind.

Den schon an dieser Stelle früher veröffentlichten Belegen für die Ratlosigkeit, mit der die Regierung dem Vordringen der Bewegung unter den Bauern gegenübersteht, seien noch die folgenden beigefügt: Ein Erlaß des Gouverneurs des Gouvernements Tschernigow an die Chefs der Landpolizei. Er lautet:

„Geehrter Herr! In Anbetracht der klar hervortretenden komplizierten Umstände, die in dem Leben der Bauern zur Geltung kommen, bitte ich Sie gehorsamst, den ganzen bevorstehenden Monat zum Befahren der Ihnen anvertrauten Distrikte zu benutzen und allseitig klar, verständlich, anteilnehmend, freundschaftlich, im höchsten Grade ernsthaft und mit der nötigen Vorsicht der Bevölkerung das ganze Verderbnis, das ihr droht, wenn sie sich irgend welchen fremden, böswilligen Menschen fügen werde, klar zu machen. Alle, die ihnen Mitteilungen machen, die nicht von der Polizei ausgehen oder von ihr bekräftigt sind, sollen festgehalten und Ihnen zur Verfügung gestellt werden. Das müssen Sie in das Bewußtsein der Bevölkerung einprägen. Von Ihren Unterredungen mit der Bevölkerung und über das, was Ihnen zu erfahren gelungen ist, wollen Sie mich unverzüglich benachrichtigen. Der Gouverneur: Andrejewski."

Dieses Rundschreiben wurde aber von der Polizei nicht richtig verstanden und darum wurde der Apparat noch einmal in Bewegung gesetzt. Gouverneur Andrejewski schreibt zum andern Male an die Chefs der Landpolizei in einem streng vertraulichen Rundschreiben:

„In Erwägung meines Schreibens vom 30. Mai finde ich für notwendig, mitzuteilen: 1. Die Befürchtung, daß in jenen Gegenden, wo die Propaganda nicht stattgefunden hat, die Bauern in der entgegengesetzten Richtung aufgeklärt werden könnten, dürfte nicht am Platze sein, weil mit dem Satz „im höchsten Grade ernsthaft und mit der nötigen Vorsicht" schon alles gesagt ist, das heißt, man darf nicht allen und jedem das Anschauen der Propaganda aufzwingen, sondern man muß ernsthaft und vorsichtig Rat geben und nur das empfehlen, was in jedem einzelnen Falle als ratsam erscheint. Alles wird, meine Herren, davon abhängen, mit welchem Fleiß und mit welcher Aufmerksamkeit Sie sich der Sache annehmen werden. 2. Das erste Rundschreiben muß zweifellos als völlig geheim betrachtet werden. Der nötigen Aufschrift fehlt ihm nur infolge einer unverzeihlichen Unachtsamkeit der Beamten, die es [illegible] noch reiner Abschrift abgesendet haben. Aber schon der Sinn des Schreibens gibt Ihnen den Hinweis, daß [illegible] Charakter äußerst vertraulicher und geheimer Natur ist. [illegible] von jedem von Ihnen hängt es ab, nicht merken zu lassen, daß die Herren Bauern [illegible] in den Gemeinden [illegible] außergewöhnliches an sich haben ... 3. Ich bin denen von Ihnen, meine Herren, dankbar, die mir auf das erste Schreiben geantwortet haben und finde es für notwendig, hier zu [illegible] und zu [illegible] darüber ernst nachzudenken, daß die Vollführung außergewöhnlicher Anordnungen die [illegible] für den Erfolg unseres Dienstes überhaupt und [illegible] außergewöhnlichen im [illegible] ist. —

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 12. März 1903.

Parteigenossen, Gewerkschaftler!

Die Reichstagswahlen stehen vor der Tür. Der Hauptfaktor im Wahlkampfe ist unbestreitbar unsere Presse. Darum ist es unsere heiligste Pflicht, vor der Wahl eine gründliche **Agitation** für unsere **„Volksstimme"** zu unternehmen. **Wir haben deshalb** beschlossen, am nächsten **Sonntag den 15.** und am darauffolgenden **Sonntag den 21. März** diese Agitationsarbeit vorzunehmen.

Parteigenossinnen und Genossen! Unterstützt uns bei dieser Arbeit, so werden wir lohnende Erfolge zu verzeichnen haben.

Als **Treffpunkt** für die einzelnen Stadtteile ist vorläufig festgesetzt: in **Magdeburg** (Altstadt) der „**Dreikaiserbund**", Gr. Storchstraße; **Neue Neustadt**: A. **Bartels**, Fabrikenstraße, und **Buckau**: „**Thaliasaal**", Dorotheenstraße. —

Wilhelm der Erste und die „Magdeburgische Zeitung".

Die „Magdeb. Ztg." sorgt endlich für die Aufklärung ihrer Leser. Da sie bisher darauf verzichtete, die „Volksstimme" als Quelle zu benutzen — es sei denn für solche Lokal-Notizen, welche sich nicht gegen die Polizei richteten —, wurden die Leser dieser nationalliberalen Zeitung über die wichtigsten Fragen nicht unterrichtet. Jetzt endlich hat die „Magdeb. Ztg." es erfreulicherweise für notwendig gehalten, unsern vorgestrigen Leitartikel „Wilhelm — der Große?" vollinhaltlich nachzudrucken und so über die historische Persönlichkeit jenes Monarchen auch solchen Kreisen die Wahrheit zu übermitteln, welche sonst infolge der Geschichtsfälschungen der Hofhistoriographen oder der noch blöderen byzantinischen Darstellungen der „patriotischen" Presse mit Anschauungen gesättigt werden, welche etwa auf der historischen Höhe von Lauffs Theaterstücken stehen.

Da die „Magdeb. Ztg." unsern Artikel loyalerweise ungekürzt wiedergibt, halten wir uns auch für verpflichtet, die Kritik wiederzugeben, welche die Magdeburgerin demselben anfügt.

Sie schreibt:

Es hieße dem betr. Verfasser dieses Schmähartikels zu viel Ehre antun, wollte man all die böswilligen gemeinen Entstellungen und Falschheiten sachlich widerlegen. Aber mit vornehmer Verachtung wollen wir auch nicht vorbeigehen, sondern ganz im Gegenteil: **zeigen wollen wir jedem, der es sehen will, dieses Blatt,** zeigen wollen wir jedem: **seht, so sieht der Zukunftsstaat aus,** mit solchen niederträchtigen Waffen kämpfen die zukünftigen Zierden dieses „besseren" Staates. Bei diesem Artikel muß **auch dem „Genossen" die Schamröte in die Wangen steigen,** oder er wäre schon so verhetzt, daß er bereits die anständige Gesinnung verloren hat. Wir verlangen keine Anerkennung des ersten Kaisers von der Sozialdemokratie, weil sie ihrer Ideenrichtung noch nicht fähig ist, **die eigenartige Größe dieses Mannes** verstehen zu können, aber wir verlangen so viel Achtung vor den Anschauungen **des monarchischen Volkes,** daß das sozialdemokratische Blatt nicht das Bild dieses ehrwürdigen Herrschers trübte, dem die Herzen aller wirklich deutsch empfindenden Männer und Frauen in freudiger Erinnerung entgegenschlagen haben. Daß sich der Verfasser zum Schluß auch noch „historischer Kritiker" nennt, zeigt von edler Bescheidenheit. Die Behauptung aber, daß er sich nicht von Empfindungen, sondern vom Verstande leiten lasse, bedarf doch wohl der Berichtigung. Der Herr hätte schreiben müssen: weder von Empfindungen noch vom Verstande.

Durch diese Redewendungen beweist die „Magdeb. Ztg." lediglich die Unwiderlegbarkeit unserer Ansicht über den ersten Kaiser; denn da sie nicht mit „vornehmer Verachtung" an unserem Artikel vorübergeht, würde sie uns natürlich widerlegen, wenn sie — — könnte. Hat jemand Tatsachen enthüllt, wie die „Magdeb. Ztg." von uns dreist behauptet, so wird erst derjenige ihn zu verurteilen ein Recht haben, der wenigstens einen Teil seiner Behauptungen zu widerlegen im stande ist. Die „Magdeb. Ztg." macht nicht einmal den Versuch einer sachlichen Widerlegung — sie ist, nein, sie hat sich selbst gerichtet. —

Erfreulich ist, daß die „Magdeb. Ztg." unser Blatt allen denen zeigen will, die es sehen wollen; da das Organ National [illegible] sozialdemokratische Blätter nicht mehr auslegen darf, wird sich die Redaktion der „Magdeb. Ztg." in der Tat ein Verdienst erwerben, wenn sie unser Blatt in denjenigen Kreisen [illegible] [illegible] und sich leider in [illegible] nicht mehr über unsere Ansichten [illegible]. Wie der „Zukunftsstaat" aussehen wird, das wird man zwar aus unserm Artikel über Wilhelm I. [illegible] [illegible] — [illegible] Wilhelm I. [illegible] und die „Magdeb. Ztg." [illegible], daß diese „Größe" sehr [illegible]

[illegible] daß das monarchische [illegible], wenn die „Magdeb. Ztg." [illegible] [illegible] und so [illegible], als wir eine [illegible] Lüge der „Magd. Ztg." [illegible].

Es [illegible], wenn die „Magdeb. Ztg." ihr Verfahren [illegible] unser Blatt [illegible] und [illegible] Angaben nicht zu [illegible], welche mit der [illegible]. Von dem [illegible] an der [illegible], von dem [illegible] des [illegible] gegen die „Volksstimme" hat die „Magdeb. Ztg." [illegible].

[illegible] Angaben ihren Lesern [illegible], so würden diese erfahren haben, daß es eine [illegible] Versammlung, eine direkte oder indirekte Drohung [illegible] im „Zukunftsstaat" nicht geben wird. [illegible] Sie [illegible] aus der „Volksstimme", [illegible] und zeigen Sie Ihren Lesern: „So sieht der Zukunftsstaat aus!" —

Die Krankenkassen-Vorstände gegen die Krankenversicherungs-Novelle.

Die „General-Kommission der Krankenkassen-Vorstände Magdeburgs" hatte zum Montag die Vorstände aller Krankenkassen zu einer Versammlung nach der „Reichskrone" [illegible] zur Stellungnahme zur Novelle zum Krankenversicherungsgesetz. Es waren 88 Vorstände erschienen, welche 38544 gegen Krankheit versicherte Personen vertraten. Das bedauerliche Fehlen einer Anzahl Vorstände ist darauf zurückzuführen, daß die Vorsitzenden vieler Betriebs-Krankenkassen ihren Vorstandsmitgliedern die an sie ergangene Einladung zur Versammlung nicht unterbreiteten. Herr Rendant Wendlandt hatte das Referat zum ersten Tagesordnungspunkt: „Stellungnahme zur Novelle zum Krankenversicherungs-Gesetz" übernommen und bewies eingangs seiner Ausführungen, daß die dem Reichstag zugegangene Novelle zum Krankenversicherungs-Gesetz keinen Fortschritt bezüglich der Krankenversicherung bedeute. Einer gesetzlichen Regelung der Unterstützungsdauer von 13 auf 26 Wochen, welche schon jetzt eine ansehnliche Anzahl Kassen gewähre, hätte es nicht bedurft, derselben stehe eine Erhöhung der Unterstützung von 50 auf 60 Prozent des durchschnittlichen Tagelohns mit Notwendigkeit gegenüber. Eine Abstoßung zum Reservefonds, welche jetzt 10 Prozent der reinen Jahresausgabe der letzten 3 Jahre beträgt, müßte gesetzlich auf den zwanzigsten Teil herabgesetzt werden, um den Mitgliedern, die doch zum größten Teile das Geld aufbringen, mehr zu gewähren als dies jetzt geschieht. Die Ausdehnung der Wöchnerinnen-Unterstützung von 4 auf 6 Wochen könne so lange nicht als eine segensreiche Verbesserung bezeichnet werden, bis nicht eine Unterstützungsdauer von mindestens 14 Tagen vor der Entbindung festgelegt wird. Vorbeugung durch eine derartige Schonung vor der Entbindung würde für die Nachkommenschaft sowohl wie für die Wöchnerinnen von weittragender Bedeutung sein. Zu begrüßen sei jedenfalls, daß die Geschlechtskranken nach der Novelle nicht mehr als Kranke zweiter Klasse behandelt werden können, während bedauerlicherweise bei Trunkfälligkeit die bare Kranken-Unterstützung auch fernerhin entzogen werden kann. Nachdem der Referent noch herbe jedoch berechtigte Kritik an den in die §§ 34a, 35 und 42 eingefügten Verschlechterungen geübt, nach denen das Alter für Vorstandsmitglieder und Rechnungsführer auf das 30. Lebensjahr erhöht ist und die Selbstverwaltung geradezu in Frage gestellt wird, bringt er folgende Resolution zur Verlesung.

Die Versammlung der Betriebs- (Fabrik-), Bau-, Orts-, Innungs- und eingeschriebenen Hilfskrankenkassen-Vorstände Magdeburgs erblickt in der eingebrachten Novelle zum Kranken-Versicherungs-Gesetz keine prinzipiellen Verbesserungen und hinsichtlich der Maßnahmen, die Selbstverwaltung aufzuheben, direkt eine Beschneidung und mit Rücksicht auf § 32 des Gerichts-Verfassungs-Gesetzes eine Aufhebung der Selbstverwaltung. Sie fordert vielmehr von den maßgebenden Behörden die Berücksichtigung folgender Forderungen:

1. Ausdehnung des Versicherungszwanges auf alle Personen mit einem Einkommen bis zu 3000 Mark und Einführung der Familienversicherung;
2. Gründung von großen, leistungsfähigen Krankenkassen;
3. Gründung von Verbänden über den Bezirk der Aufsichtsbehörde;
4. Ermäßigung der Zuweisung zum Reservefonds auf 5 Prozent der jährlichen Beitragshöhe;
5. Gewährung des Rechts, Mittel für Krankheitsverhütung festzusetzen;
6. Erteilung der Befugnis zum Erlaß von Krankheitsverhütungs-Vorschriften.

Die Resolution wurde einstimmig angenommen und der Vorstand beauftragt, dieselbe dem Reichstag schleunigst zu übermitteln. — Zu dem Tagesordnungspunkt: „Stellungnahme zu der Magistrats-Zuschrift an sämtliche Krankenkassen-Vorstände betr. Ordnungsstrafen", führt Herr Hesselbarth aus: Da diese Angelegenheit die Vorstände aller Kassen angehe, so empfehle es sich, daß hierüber eine Aussprache gepflegt werde und der Vorstand mit der Beantwortung an den Magistrat beauftragt werde. Im Vorstande sei man der Ansicht, daß die Krankenkassen-Vorstände, ohne Befürworter von Polizei-Gesetzen in den Krankenkassen zu sein, den Kranken-Vorschriften und den Aerzte-Anordnungen im Interesse der Kranken sowohl als der Kassen selbst auch ferner dadurch Geltung verschaffen müßten, daß sie die Ordnungsstrafen, welche in Uebertretungsfällen über Mitglieder verhängt werden, vom Krankengeld in Abzug bringen. Der Rendant müsse natürlich im Einverständnis mit dem Vorsitzenden handeln und dann sei den betr. Mitgliedern eine Quittung mit dem Vermerk des [illegible] zustehenden Einspruchs zu verabfolgen. Der vom Magistrat vorgeschriebene bureaukratische Weg würde zu umständlich sein und die Kranken-Vorschriften dadurch breitschlagen. In der Diskussion sprachen sich sämtliche Redner im Sinne des Referenten aus. Durch einstimmigen Beschluß wird der Vorstand beauftragt, die Zuschrift des Magistrats zu beantworten.

Nachdem noch die der „General-Kommission der Krankenkassen-Vorstände" fernstehenden Vorstände zum Beitritt aufgefordert und den einzelnen Vorständen der Beitritt erklärt bezw. in Aussicht gestellt worden ist, empfiehlt der Vorsitzende Herr Kruner, die Beschickung der am 15. und 16. März in Berlin tagenden Krankenkassen-Konferenz, zu der bereits 5 Kassen Delegierte ernannt haben. — h.

— **In eigener Sache.** In der am Sonntag den 19. Oktober 1902 erschienenen Nr. 245 der „Volksstimme" befindet sich ein Artikel mit der Spitzmarke „Schutz vor Ortsschulzen" und datiert: Lemsdorf, 18. Oktober. Derselbe enthält nicht erweislich wahre Tatsachen, die den Ortsschulzen von Lemsdorf Herrn Hovstock und die Herren Christian und Ernst Nolle, beide in Lemsdorf, herabzuwürdigen geeignet sind. Als verantwortlicher Redakteur der „Volksstimme" nehme ich die in dem Artikel enthaltenen Beleidigungen zurück und bedaure dieselben.

Magdeburg, den 27. Februar 1903.

Hans Marckwald.

— **Zur Lohnbewegung der Schuhmacher.** Mit einer Rücksichtslosigkeit sondergleichen beantworten die Innungsmeister im Schuhmachergewerbe die an sie gestellten Forderungen der organisierten Schuhmachergesellen. Wenn man bedenkt, daß seit dem Jahre 1890, also während voller 13 Jahre, die hiesigen Schuhmachergesellen von jeder Neuforderung Abstand genommen hatten, obwohl die fortgesetzte Verteuerung der gesamten Lebens- und Subsistenzmittel während dieser Zeit mehr als einmal die Gelegenheit von

zu stellenden Forderungen begreiflich gemacht hätte, so muß man sich wirklich wundern über die Art und Weise, wie die Innungsmeister mit dem Gesellenausschuß, der Lohnkommission und den von dieser im Einverständnis mit der Gesellenschaft gestellten Lohnforderungen verfährt. Nachdem der in allen seinen Teilen auf das gewissenhafteste geprüfte Lohntarif der Gesellen sich seit vier Wochen in den Händen des Innungs-Ausschusses befindet, hielt es dieser doch endlich für angezeigt, die Meister zu einer Versammlung am Dienstag den 10. d. M. zusammenzurufen. Wer nun aber geglaubt hat, daß diese sich ernsthaft mit dem Tarif, der lediglich als Grundlage für die einzuleitenden Verhandlungen dienen soll, beschäftigen würden, hat sich schwer getäuscht. Der Schreck über das Vorgehen der Gesellen war den Innungsmeistern derartig in die Glieder gefahren, daß sie zunächst eine Verschlechterung der Geschäftsordnung beschlossen, lediglich zu dem Zwecke, um eine befürchtete Opposition von Hause aus mundtot zu machen. Auffällig war es auch, daß die Inhaber der größeren Geschäfte, die sonst nie in die Versammlungen kommen, diesmal zur Stelle waren, um wenn nötig die Forderungen der Arbeiter abzuweisen.

Eine lebhafte Diskussion entstand dann darüber, ob der Gesellen-Ausschuß, der laut Beschluß der öffentlichen SchuhmacherVersammlung an der Innungsversammlung teilnehmen sollte, auch der Eintritt gestattet sei. Um wenigstens den äußern Schein zu wahren wurde dem zugestimmt. Herrn Gebbensleben war es vorbehalten, nach einer kurzen Besprechung den vorliegenden Lohntarif für unannehmbar zu erklären und schlankweg Ablehnung desselben zu beantragen. An Stelle dessen wünscht der Schlauberger, daß eine Kommission der Meister einen andern Tarif ausarbeiten soll und hiernach die Verhandlungen mit den Gesellen weiter zu führen. Die Gründe, die dieser Mann zur Ablehnung des Tarifs anführt, sind so naiv, daß wir sie in seinem Interesse der Oeffentlichkeit verschweigen. Es sind dieselben Gründe, die alle Arbeiter, die Lohnforderungen stellen, zu hören bekommen.

Kollege Schilling als Vertreter der Gesellen führte in durchaus sachlicher Rede die Notwendigkeit einer Lohnerhöhung den Meistern vor Augen. Er zeigte an den Lohnverhältnissen andrer Städte, wie weit zurück die Magdeburger Gesellenschaft noch in ihren Ansprüchen ist und daß der von ihnen vorgelegte Tarif nur als Unterlage zu betrachten sei; es half aber alles nichts und wenn er mit Engelszungen geredet hätte, er hätte die in Vorurteile verrannten Meister nicht überzeugen können. Nach langer lebhafter Debatte, bei der die beschlossene Verböserung der Geschäftsordnung mehrfach in die Erscheinung trat, wurde dem Antrage des Meisters Gebbensleben zugestimmt und der Tarif der Gesellen abgelehnt. Die Antwort der Gesellen erfolgt am Donnerstag abend im „Dreikaiserbund". Keiner fehle! —

— **Ueber die erbärmliche Lage der Magdeburger Schuhmacher** gibt eine im Fachblatt derselben veröffentlichte Statistik entsprechende Auskunft. Gerade jetzt, wo die Schuhmacher in der Lohnbewegung stehen, ist es vielleicht angebracht, auf die Statistik näher einzugehen. Sie konstatiert unter Zuhilfenahme der Krankenkassen zunächst, daß, obwohl die Innung 380 Mitglieder zählt, nur 160 Geschäfte mit 333 Gesellen vorhanden sind. Der Kleinbetrieb herrscht natürlich vor, denn es beschäftigt ein einziger Arbeitgeber allein 64 Gesellen, während in 95 Geschäften nur je ein Geselle anzutreffen ist. Die Zahl der mittleren Geschäfte ist im Rückgang begriffen. Die Tatsache, daß sich in Magdeburg mit über 200 000 Einwohnern nur 9 Schuhmachermeister befinden — unter denen sich aber auch noch 5 Inhaber sogenannter Reparaturwerkstätten befinden — welche mehr als 3 Gesellen beschäftigen, spricht für sich selbst. Mehr als ein Drittel (38 Prozent) sämtlicher Betriebe und darin beschäftigter Gesellen (35 Prozent) waren Reparaturwerkstätten. Angaben über ihr Alter machten 248 Kollegen. Hiervon waren unter 20 Jahren 48 (20 Prozent), ein Alter von 20 bis 25 Jahren hatten 83 Kollegen. Es waren also mehr als die Hälfte — 131 (53 Prozent) — im Alter bis 25 Jahre. Von 25 bis 30 Jahren sind 57 und über 30 Jahre nur 60 Kollegen zu verzeichnen. Verheiratet sind hiervon 94 und ledig 154 Personen. In den Reparaturwerkstätten ist die Arbeitszeit etwas niedriger und der Lohn höher als bei den Kleinmeistern, dafür werden in ersteren die Schuhmacher viel mehr ausgebeutet. Es heißt dann in der Statistik: „Daß nur 69 Kollegen ihre Fournituren geliefert bekommen, verringert den Lohn um ein erhebliches. Kost und Logis haben in 31 Geschäften noch 36 Kollegen zu nehmen und sind hierdurch gezwungen, sich gleichzeitig als Produzent und Konsument ausbeuten zu lassen. Wie „herrlich schön" ein solches patriarchalisches Verhältnis ist, darüber geben die Fragebogen auch Auskunft. Von den betreffenden 58 Kollegen mußten 11 auf Bodenkammern schlafen, während die übrigen 25 zum großen Teil auch über ungesunde Schlafräume Klage führen. Da früher bei ausbrechendem Feuer schon Dienstmädchen ihr Leben auf Bodenkammern verloren haben, so verbietet eine Magdeburger Polizeiverordnung das Schlafen in Bodenkammern. Daß gerade unsre Kollegen noch immer gut genug sind, solche Räume nutzbar zu machen, ist kein Beweis dafür, daß das Auge des Gesetzes wacht. Ja, wenn sich's nur um Streikposten handeln würde, dann — —. Der Mietspreis für eine derartige Schlafstelle beträgt 1,50 bis 2,50 Mark. — Die ermittelte Arbeitszeit schwankt zwischen 9 und 18 Stunden. Der Durchschnitt wurde mit 10½ Stunden ermittelt. Es ist hierbei aber in Betracht zu ziehen, daß das größte Geschäft mit 64 Arbeitern, welche eine 10stündige Arbeitszeit haben sowie einige Reparaturwerkstätten mit 9stündiger Arbeitszeit den ermittelten Durchschnittssatz erheblich beeinflussen. Würde man diese beiden Faktoren außer Betracht lassen, so ergäbe sich eine weit höhere als 11stündige Durchschnitts-Arbeitszeit."

Aus einer Tabelle ist ersichtlich, daß überall dort, wo die längste Arbeitszeit besteht, auch der niedrigste Lohn bezahlt wird. Ein Beweis, daß lange Arbeitszeit doppelt ruinös und gefährlich für den Körper wirkt. Ferner wird festgestellt, daß von 242 Kollegen nur 8 über 20 Mark pro Woche, dagegen 16 gar nur 12 Mark verdienten!

Die großen Unterschiede, welche in der Arbeitszeit und dem erzielten Verdienst durch die Statistik festgestellt worden sind, machen sich in noch auffälligerer Weise bei den Akkordlöhnen für ein und dieselbe Arbeit geltend. Die letzte Lohnbewegung — an der sich zirka 150 Kollegen beteiligten, während jetzt überhaupt nur 333 beschäftigt werden — fand im Jahre 1890 statt. Obwohl nun in den verflossenen 13 Jahren die Lebenshaltung für die Arbeiter bedeutend teurer geworden ist, der Lohntarif von 1890 auch schon für damalige Verhältnisse als äußerst niedrig bezeichnet werden muß, gibt es noch eine große Anzahl Arbeitgeber, welche noch unter diesem Lohntarif zahlen! Der Tarif schreibt für Herren-Stiefeletten 4,25 Mark vor; die ermittelten Löhne für diesen Artikel schwanken zwischen 3,25 bis 5 Mark. Bei Damenböden schwankt der gezahlte Lohn zwischen 1,50 Mark und 2,50 Mark.

Es kann wohl nicht geleugnet werden, daß die ermittelten Lohn- und Arbeitsverhältnisse unsrer Kollegen eine jetzt eingeleitete Lohnbewegung nicht nur rechtfertigen, sondern geradezu als unbedingt notwendig erscheinen lassen. Den veränderten Verhältnissen Rechnung tragend, hat die eingesetzte Lohnkommission einen zweiklassigen Lohntarif ausgearbeitet, und, nachdem derselbe mit kleinen Abänderungen von einer öffentlichen Schuhmacher-Versammlung gutgeheißen, an die hiesige Innung zwecks Anerkennung abgesandt.

Wie wir schon mitgeteilt, haben sich die Herren protzig ablehnend verhalten. Heute abend werden die Gesellen über die hochmütige Innung zu Gericht sitzen. Sehr treffend ist, was die Statistik zur Rechtfertigung der Forderungen der Gesellen sagt:

> Fast die Arbeiter sämtlicher Berufe haben sich im letzten Jahrzehnt bessere Erwerbsverhältnisse erobert. Die Beamtengehälter sind aufgebessert und die „notleidenden" Landwirte und Industriellen haben sich durch die Gesetzgebung auf unsre Kosten bereichert. Will man da verlangen, daß die Magdeburger Schuhmacher, nachdem durch vorliegende Statistik ihre traurige Lage erwiesen ist, sich ihre Arbeitskraft noch nach einem vor 13 Jahren aufgestellten Lohntarif bezahlen lassen sollen? Der Selbsterhaltungstrieb, die Pflichten für die Familie und das Gefühl, als Mensch leben zu wollen, wird stark genug sein, um die der Organisation noch Fernstehenden in dieselbe hineinzubringen. Nur durch die Vereinigung aller Kräfte wird es möglich sein, falls keine friedliche Einigung zu stande kommt, die gestellten Forderungen durch einen Streik zu erzwingen.

Hoffentlich zwingt die Einigkeit und ein geschlossenes Vorgehen der Gesellen, die Meister, ihren Herrenstandpunkt zu verlassen und den Arbeitern der Schuhbranche Konzessionen zu machen. Voraussichtlich besuchen aber auch sämtliche Schuhmacher die heute, Donnerstag, abend im „Dreikaiserbund" stattfindende Versammlung, um ihren Mann zu stellen, wenn es gilt, die Entscheidung zu fällen. Wir wünschen den Schuhmachern günstigen Erfolg zu ihren nur zu berechtigten Forderungen. Glück auf zum frisch-fröhlichen Kampf! —

— **Streik der Schiffszimmerer.** Auf der Magdeburger Werft der Vereinigten Elbe- und Saaleschiffer haben heute 9 Schiffszimmerer die Arbeit niedergelegt. Veranlassung dazu war das Verhalten der Werftleitung, die fortgesetzt die Löhne drückte und junge auswärtige Arbeiter zu wesentlich reduzierten Löhnen engagierte. Diese fremden Schiffszimmerer sind sich nun dahin einig geworden, sich nicht zu Lohndrückern mißbrauchen zu lassen, sondern die Arbeit niederzulegen. Der Direktor rühmte sich einmal, daß es ihm gelungen sei, durch Antreiben der Arbeiter heute dieselben Kahn um 3000 Mark billiger zu bauen als vor 3 Jahren und er mag wohl der Ansicht sein, daß es in der Lohndrückerei keine Grenze für ihn gebe. Hoffentlich belehrt ihn diese Arbeitseinstellung eines Besseren.

Die Arbeiterpresse wird gebeten, Notiz von dem Streik zu nehmen. —

— **Sonntagsruhe im Handelsgewerbe.** Der Magistrat hat der Stadtverordnetenversammlung ein Ortsstatut unterbreitet, durch welches die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe geregelt wird. Das Statut ist leider sehr unzulänglich. In Kontoren, also Bank-, Fabrik-, Engros-, Speditionsbetrieben, will der Magistrat die Sonntagsarbeit leider noch zwei Stunden von 7 bis 9 oder von 11 bis 1 Uhr gestatten, obwohl hier die Sonntagsarbeit völlig überflüssig ist und anständige Chefs sowieso am Sonntag schließen. Nur unanständige Prinzipale lassen am Sonntag in Kontoren arbeiten, um sich mit möglichst wenig Angestellten zu behelfen. Im allgemeinen besteht Sonntagsarbeit in Kontoren nicht einmal aus diesem wirtschaftlichen Grunde, sondern lediglich aus Laune lassen boshafte Chefs ihre Hausdiener und Handlungsgehilfen am Sonntag kommen, ohne irgend eine Arbeit von ihnen zu verlangen, da es des Sonntags nichts zu tun gibt.

In offenen Läden will der Magistrat die Arbeitszeit am Sonntag auf 3 Stunden (von 11 bis 2 Uhr) beschränken und obendrein in der Nahrungsmittel- und Zigarrenbranche die fünfstündige Arbeitszeit beibehalten.

Es würde vollauf genügen, wenn die Läden am Sonntag von 11 bis 1 Uhr geöffnet sind; in dieser Zeit wird jeder seine Einkäufe erledigen können, der es am Sonnabend durchaus nicht tun will. Würden wir vernünftige Fabrikanten haben, die am Freitag die Löhne auszahlen, so wäre in unserm „christlichen" Staat überhaupt jede Oeffnung der Läden am „heiligen" Sonntag grober Unfug.

Zum mindesten aber ist zu verlangen, daß soweit Handelsangestellte irgend welcher Art am Sonntag beschäftigt werden, ihnen mindestens jeder zweite Sonntag freizugeben ist, damit sie wenigstens ab und zu einen freien Tag haben. — Natürlich wird die sozialdemokratische Stadtverordneten-Fraktion Anträge im Sinne der von uns gemachten Vorschläge stellen, welche sich mit den Wünschen decken, welche sich auch der Deutsch-nationale Handlungsgehilfen-Verband in einer Eingabe an die Stadtverordneten-Versammlung zu eigen macht. Wir sind gespannt, ob es wieder nur die „vaterlandslosen Gesellen" von unsrer Partei sein werden, welche für die in diesem Falle sehr berechtigten Bestrebungen der „deutsch-nationalen" Hurrapatrioten eintreten werden. —

— **Ueber die Steuerverhältnisse der Stadt Magdeburg** sprach am gestrigen Dienstag in einer öffentlichen Versammlung im „Weißen Hirsch" Genosse W. Haupt. Redner verbreitete sich eingehend über die finanziellen Verhältnisse der städtischen Unternehmungen, wobei er wünscht, daß in nicht allzu ferner Zeit die Stadt in den Besitz der Elektrizitätswerke und der Straßenbahn gelangen möge. So gut wie die Stadt vom Gas- und Wasserwerk bedeutende Einnahmen erzielt, könne sie auch im öffentlichen Interesse den Betrieb dieser Unternehmungen mit dem gleichen Resultat an sich ziehen. Des weiteren behandelte der Referent die verschiedenen Arten der städtischen Steuern und die Wirkung der Belastung auf die verschiedenen Bevölkerungsklassen. Scharf kritisiert wurde die Ablehnung der von sozialdemokratischer Seite beantragten Erhöhung der Löhne der städtischen Arbeiter auf der einen und der rückhaltlosen Zustimmung der bürgerlichen Vertreter zu den den höheren Beamten bewilligten Gehaltszulagen im Gesamtbetrage von 24 000 Mark auf der andern Seite.

Nachdem noch die in Aussicht stehende Reform der Gebäudesteuer sowie die der Gewerbesteuer erörtert, schloß er seine mit Beifall aufgenommenen Ausführungen mit der Aufforderung, durch rastlose Agitation eine Vermehrung der proletarischen Vertreter im Stadtparlament herbeizuführen.

Nach kurzer Diskussion, in der von mehreren Rednern moniert wurde, daß die Leiter der städtischen Betriebe ihre Arbeitskräfte nicht vom städtischen Arbeitsnachweis sondern freihändig beziehen, wurde nach einem kräftigen Schlußwort des Genossen Giesecke die gut besuchte Versammlung geschlossen. —

— **Die Bewegung der Bevölkerung Magdeburgs** für die Woche vom 11. bis zum 17. Januar war nach dem Bericht des hiesigen Statistischen Amts folgende: Geboren wurden 63 männliche, 59 weibliche, zusammen 122 Personen; totgeboren 4. Gestorben sind 42 männliche, 31 weibliche, zusammen 73 Personen, darunter an Diphtherie und Krupp —. Die Zahl der Zugezogenen betrug 722, die der Fortgezogenen 610. Die Bevölkerungszahl am 17. Januar stellte sich folgendermaßen: Altstadt 91 720, Wilhelmstadt 24 702, Friedrichstadt mit Werder 9827, Sudenburg 30 943, Neustadt 47 627, Buckau 24 724, zusammen 229 043 Personen (113 151 männliche, 115 892 weibliche), gegen die Vorwoche mehr 157 Personen. —

— **Was ist auf dem Standesamt passiert?** Wie die „Magdeb. Ztg." hört, ist der Standesamtssekretär K. in der Altstadt vorläufig von seinem Amte suspendiert worden. —

— **3086 Fernsprechteilnehmer** hat Magdeburg nach dem soeben erschienenen Verzeichnis. Darin sind allerdings die Orte Schönebeck und Westerhüsen mit einbegriffen. —

— **Der Verein Magdeburger Jugendschutz** veranstaltet am Montag den 16. d. M., abends 8¼ Uhr, in der Aula der Augustaschule, Lüttemannstraße 5, den dritten Vortragsabend. Herr Sanitätsrat Dr. Brennecke spricht über „Dies Erziehung zur Sittlichkeit, eine Forderung der Gesundheitspflege und des Volkswohls." — Wir möchten noch darauf hinweisen, daß dieser Vortrag nur vor Frauen gehalten wird, doch beabsichtigt Herr Sanitätsrat Dr. Brennecke an einem andern Abend über dasselbe Thema vor Männern zu sprechen. Der Eintritt ist frei, auch für Nichtmitglieder. —

— **Im Stadt-Theater** wird heute, Donnerstag, „Undine" gegeben. —

— **Richtigstellung.** Mit Bezug auf unsern Artikel in der Beilage der Nr. 36 der „Volksstimme" vom Donnerstag den 12. Februar 1903 unter der Ueberschrift „Zum Kapitel des Bauarbeiterschutzes" wird uns von der Direktion der Magdeburger Bau- und Kreditbank mitgeteilt, daß sie von Coswig i. Anh. keinen Auftrag zum Bau einer chemischen Fabrik erhalten, mithin auch keinen Auftrag an die Firma Sack u. Co. Nachfolger übertragen konnte. —

Provinz und Umgegend.

— **Aschersleben**, 11. März. (Ein Hausbesitzer-Verein) ist die neueste Errungenschaft auf dem Gebiete der Vereinsgründerei. Zum Zwecke des Nachweises für die Berechtigung der Gründung eines solchen Vereins war der Stadtverordnete Kupke aus Halberstadt berufen, in einer Versammlung der Hausbesitzer zu referieren. Die Darlegungen gipfelten zumeist in der Abwehr der zu schweren Belastung der Hausbesitzer durch kommunale Belastungen sowohl als auch in der Errichtung eines Wohnungsnachweises und Errichtung von Schiedsgerichten in Streitfällen zwischen Mieter und Vermieter. Als ergötzlich wirkend dürfte das Verhalten des Bürgervereins anzusehen sein, deren Mitglieder (zumeist selbst Hausbesitzer) in der Neugründung eine gefährliche Konkurrenz ersehen, zumal von dieser Stelle die Wahrung der Rechte der Hausbesitzer in ausgiebiger Weise erfolgt sei. Der Pferdefuß ist wohl aber in Betreff auf die Wahlen zum Stadtverordneten-Kollegium in dem Konkurrenzneid zu ersehen; indem der Bürgerverein seine „Veste" für diese Wahlen erschüttert sieht durch das Vordringen der Arbeiterschaft.

In den Ausführungen des Referenten wurde ebenfalls Bezug darauf genommen, daß die Gründung der Hausbesitzer-Vereine gleichfalls die Gründung von Mieter-Vereinen gezeitigt habe. Dieses wurde vom Referenten natürlich als „unberechtigt" hingestellt, indem die Mieter durch den Hausbesitzer-Verein irgend welcher Belästigung nicht teilhaftig würden. Auf solche Leichtgläubigkeit dürfte aber heute wohl kein Mieter mehr hineinfallen, zumal zur Genüge bekannt, daß bei einigermaßen günstiger Konjunktur das Mietensteigern und das Auslesehalten unter den Mietern sofort in voller Blüte steht, was auch von den Hauswirten geübt wird, deren Grundstücke in der Erbauung weit zurück datieren, somit deren Wert in keinem Verhältnis zu dem hierdurch geschaffenen Ertrage steht. Recht naiv dürfte der Ausspruch des Referenten erscheinen, wenn er meint, mancher Hauswirt würde mit Freuden in die Reihen der Mieter eintreten, wenn er sein Besitztum unter „annehmbaren" Bedingungen veräußern könnte. Selbstverständlich gibt es für diejenigen Hauswirte, welche sogenannte Mietskasernen besitzen, mancherlei Unannehmlichkeiten, welche ihnen aber auch durch reichliche Erträgnisse ausgeglichen werden. Auch für die Hausbesitzer gilt der Grundsatz, welcher den Arbeitern oftmals entgegengehalten wird: „Ohne Mühe keinen Lohn!"

Recht possierlich darf das zu errichtende „Schiedsgericht" betrachtet werden, wenn in demselben, von Hausbesitzern zusammengesetzt, die Interessen der Mieter vertreten werden sollen. Resümiert man die Gründung des Hausbesitzer-Vereins, so lehrt die Erfahrung von andern Orten über derartige Vereine, daß deren Zweck darauf hinausgeht, Intentionen für die Hausbesitzer zu schaffen, die sich in Form von Mietskontrakten, schwarzen Listen über nicht pünktliche Zahler und dergleichen Dingen ergeben. Hoffen wir, daß es sich für die Mieter nicht nötig macht, mit Gegenmaßregeln hervortreten zu müssen und bleibe der Grundsatz Motto: „Der Mieter gebraucht den Hauswirt, dieser gebraucht aber auch den Mieter!"

Darüber dürfen sich die Mieter aber nicht täuschen, daß, wenn der Hausbesitzer-Verein seine Bestrebungen nur dem Kommunal-Gesetze widmen will, daraus für die Mieter Nachteile entstehen dürften. Der Etat der Kommune erfordert die jeweiligen Einnahmen; verstehen es nun die Hauswirte, „Lasten" von sich abzuwälzen, die Einnahmen sind aber bedingt, so findet die Belastung an andrer Stelle statt, und hier dürften, wie immer, die Arbeiter davon betroffen werden. Unter den jetzigen Erwerbsverhältnissen dürfte aber jede neue Belastung doppelt schwer empfunden werden, weshalb es an der Arbeiterschaft liegt, diesem neuen Unternehmen ihre Aufmerksamkeit zu schenken. —

Biederitz, 11. März. (Gemeindevertreter-Sitzung) In der am 6. März stattgefundenen Gemeindevertreter-Sitzung wurde der Uhrmacher Otto Morgenstern zum Krankenkassen-Kassierer gewählt. — Die Pflasterung eines Weges von Biederitz bis zur Chaussee fand endlich ihre Erledigung. Die Wahl fiel auf den Neuendorfer Weg und soll die erste Hälfte des Weges schon im Monat Mai begonnen, der Bau des ganzen Weges soll aber spätestens im Jahre 1904 beendigt werden. — Der Etat für 1903 wurde zurückgestellt. Da das Defizit der Schulkasse 8056 Mark beträgt und keine Aufklärung darüber vorliegt, wird beschlossen, den Schulvorstand aufzufordern, Aufklärung über das Defizit zu geben. —

Halberstadt, 12. März. (Die reaktionärste aller Handelskammern) hat sich in ihrer letzten Sitzung gegen

die Kaufmannsgerichte und für eine erhebliche Verschlechterung der betreffenden Vorlage ausgesprochen. Es ist nur gut, daß diese Stellungnahme den Kaufleuten nichts mehr schaden kann, denn die Regierung wird den Gesetzentwurf dem Reichstage nicht mehr vorlegen. Aber recht bezeichnend ist die Stellungnahme der hiesigen Kammer, wo sich doch viele einsichtige Kammern für den Gesetzentwurf ausgesprochen haben, denn doch. Immer stockreaktionär, das ist die Parole der Halberstädter Handelskammer. —

Neuhaldensleben-Wolmirstedt, 12. März. (Eine nationalliberale Vertrauensmänner-Versammlung,) die in Magdeburg stattfand, stellte endgültig Herrn Hofang, weil er so trefflich den Brot- und Fleischwucher gefördert, wieder als Reichstagskandidaten auf. Ob die Bündler noch einen eigenen Kandidaten aufstellen werden, ist noch nicht bekannt. —

Zeitz, 12. März. (Kirchliche Toleranz.) Einem Einwohner von Rehmsdorf ging von einer Kirchenbehörde nachfolgender Brief ohne Anrede zu:

Hierdurch habe ich Ihnen mitzuteilen, daß der Gemeindekirchenrat beschlossen hat, daß Ihnen, falls Sie nicht bis zum 1. März d. J. die bisher versäumte kirchliche Trauung nachholen, die kirchlichen Ehrenrechte in der evangelischen Kirche entzogen werden.

Wuitz, den 27. Januar 1903.

Bornkamm, Pfarrer,
Vorsitzender des Gemeindekirchenrats.

Es ist uns nicht bekannt, ob der also Gerüffelte überhaupt Anspruch auf sogenannte kirchliche Ehrenrechte erhoben hat. Der ganze Vorgang ist aber in der Zeit des Trier'er Schulerlasses doppelt wertvoll als Belag für die angebliche Toleranz der evangelischen Kirche. Ein Fall in einer katholischen Gemeinde, wo der Priester ein Kind, das aus einer nicht kirchlich getrauten Ehe stammte, als unehelich bezeichnete, erregte vor einiger Zeit berechtigtes Aufsehen und stellt sich diesem neusten Produkt evangelischer Intoleranz würdig zur Seite. Wo die Geistlichen, ganz gleich ob geschorene oder gescheitelte, die Macht haben, da versuchen sie immer wieder die Gemeindemitglieder in ihren Anschauungen zu beeinflussen. —

Kleine Nachrichten aus dem Lande. Der aus dem Zuge bei Genthin entsprungene Zuchthäusler Genard wurde auf dem Bahnhof Großwusterwitz verhaftet. Schon bei Woltersdorf hatte er sich einem Kaufmann aus Plaue verdächtig gemacht, weil er einen Ueberzieher und ein Halstuch trug, die er bei einem Einbruch in Plaue beim Gastwirt Kraatz erbeutet hatte. In Rogäsen hatte er bei einem Einbruch Hose und Jacken gestohlen, so daß er sich seiner Gefängniskleidung entledigen konnte. Dennoch leugnete er auch dem Gendarmen gegenüber, der gesuchte Sträfling Genard zu sein. Bei einer Visitation kamen 18 Mark (lauter 10-Pfennigstücke aus einem erbrochenen Musikautomaten), eine halbrunde Feile und zwei Stichsägen zum Vorschein. Hemd und Strümpfe trugen die Nummer 550. Er wurde von demselben Transporteur nach Brandenburg zurückgeschafft, dem er entsprungen war. — Ein zweites Unglück ist durch das Pferd des bei Biere zu Tode geschleiften Gendarmen Berg angerichtet worden. Die Witwe des B. hatte das Pferd auf der hiesigen Zuckerfabrik in Futter gestellt, da sie das Tier nicht selbst verpflegen konnte. Mittwoch morgen nun benutzte der Inspektor Uhlmann es zu einem Dienstritt. Auf der Chaussee Biere-Welsleben scheute das Tier wieder. Uhlmann wurde aus dem Sattel geschleudert und blieb, wie Berg, mit einem Fuß im Steigbügel hängen und wurde geschleift. Dem Unglücklichen wurde dadurch der Schädel gespalten; außerdem erhielt er von dem dahinrasenden Tiere einen Hufschlag vor die Brust. Die Verletzungen des U. sind so schwer, daß er heute noch ohne Besinnung liegt. — Dem Buchhalter Hellmuth in Ermsleben gelang es, mehrere Diebe, die in die Wendenburgsche Zuckerfabrik eingedrungen waren, zu überraschen und festzunehmen. — Am Mittwoch stürzte in Loitsche beim Dreschen mit der Maschine der Arbeiter Bierstedt vom Balken auf die Tenne; er war nach wenigen Minuten tot. Um ihn trauern eine Witwe und fünf Kinder. —

Gerichts-Zeitung.

Landgericht Magdeburg.

Sitzung vom 11. März 1903.

Kaninchenjäger. Der Rentier Hermann Schafföner und der Rentier Karl Blieske aus Möser begaben sich am 2. Dezember 1902 nach Groß-Wusterwitz auf den Kaninchenfang und sollen dabei fremdes Jagdgebiet betreten haben. Das Schöffengericht in Genthin belegte sie am 2. Februar d. J. wegen Uebertretung der Polizeiverordnung vom 17. Oktober 1892 mit je 10 Mark Geldstrafe. Die Berufung des Beschuldigten Schafföner wurde verworfen, Blieske dagegen wurde freigesprochen. —

Uebertretung. Der Kontorist Otto Luther hier wurde am 22. November 1902 in der Immermannstraße abends von einem Schutzmann mit einem Lastfuhrwerk betroffen, das nicht vorschriftsmäßig beleuchtet war. Das Schöffengericht erkannte am 20. Januar d. J. wegen Straßenpolizei-Uebertretung auf 5 Mark Geldstrafe. Die eingelegte Berufung wurde verworfen. —

Berufung verworfen. Die verehelichte Handelsmann Marie Lübbe geb. Geppert hier, geboren 1874, wurde vom Schöffengerichte am 6. Januar d. J. wegen Uebertretung der sittenpolizeilichen Vorschriften zu 4 Wochen 2 Tagen Haft und Ueberweisung an die Landespolizeibehörde zur Unterbringung in ein Arbeitshaus verurteilt. Die Berufung wurde mit Rücksicht auf die Vorstrafen verworfen. —

Landgericht Halberstadt.

Sitzung vom 11. März 1903.

Aus der Haft vorgeführt wurde der vielfach wegen Diebstahls vorbestrafte Arbeiter Richard Franz aus Wegeleben, 32 Jahre alt; derselbe hatte sich zu verantworten wegen Diebstahls von 8 Paket Kaffee im Werte von 3 Mark, welche er einem Kaufmann in Reinstedt entwendet hatte. Das Urteil lautete wegen strafschärfenden Rückfalls auf 1 Jahr 6 Monate Zuchthaus, 10 Jahre Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht. —

Der Arbeiter Strebe aus Dedeleben, 40 Jahre alt und mehrfach mit Gefängnis und Zuchthaus vorbestraft, stand unter Anklage des Diebstahls und Bettelns. Wegen genauer Beweisaufnahme wird ein neuer Termin angesetzt. —

Der Handelsmann Robert Benz aus Timmenrode, 28 Jahre alt, hatte am 21. November 1902 vor dem „Gasthof zur Eisenbahn" in Reinstedt dem Fourragehändler Warich aus Halberstadt eine Pferdedecke entwendet. Wegen dieser Straftat verurteilte ihn am 22. Januar 1903 das Schöffengericht zu Halberstadt zu 1 Woche Gefängnis. Die Berufung wurde heute verworfen und auf zwei Wochen Gefängnis und Tragung sämtlicher Kosten erkannt. —

Wegen Vorspiegelung falscher Tatsachen, Schwindeleien und Betrug hatte sich heute der angebliche „Handelslehrer" Otto Lampe aus Hornhausen, 38 Jahre alt, zu verantworten. Der Angeklagte hatte in verschiedenen Orten, so in Hamersleben, Neuwegersleben, Oschersleben und in Osterwieck junge Leute gesucht, welchen er Unterricht erteilen wollte in „Buchführung", Schönschreiben und Stenographie. Er ließ sich dafür von den Eltern ein Honorar von 50 Mark geben. Im Anfang hat er einige Stunden gegeben und später seine Schüler im Stich gelassen. Es werden ihm heute 16 Fälle nachgewiesen, wo er direkt sich das Geld erschwindelt hat. Im ganzen waren 21 Zeugen geladen und die Beweisaufnahme ergab, daß der Angeklagte in vollem Umfange für schuldig zu erklären ist. Der Gerichtshof erkannte mit Rücksicht auf die vielen Vorstrafen auf 2 Jahre Gefängnis, 5 Jahre Ehrverlust; außerdem wurde der Angeklagte wegen Fluchtverdachts sofort in Haft genommen. —

Vereins-Kalender.

Anzeigen unter dieser Rubrik kosten pro Zeile 5 Pf., die vorher zu bezahlen sind.

Städtische Arbeiter, beide Filialen. Versammlung Sonntag vormittag 11 Uhr in der „Bürgerhalle", Knochenhauerruferstr. 27/28.

Deutscher Holzarbeiter-Verband, Verwaltung Magdeburg. Bezirk Neustadt Sonnabend den 14. März, abends 8 Uhr, Versammlung bei Lackenmacher. Pünktliches Erscheinen wird erwartet.

Zentral-Verband der Schmiede. (Zahlst. Magdeb.) Sonnabend den 14. d. M., abends 8½ Uhr, außerordentliche Mitglieder-Versammlung bei Böhme, Kl. Klosterstraße 15—16. —

Männer-Turnverein „Angola", Alte Neustadt. Uebungsstunden: Dienstag u. Freitag von 8 bis 10 Uhr in der „Krone", Moldenstr. Turnen der Damenabteilung jeden Montag von ½9—10 Uhr. 355

Marktberichte.

Magdeburg. Erbsen (gelbe, zum Kochen) 18,00—22,00. Speisebohnen (weiße) 21,00—36,00. Linsen 18,00—30,00. Eßkartoffeln 5,00—6,00. Richtstroh 4,00—4,50. Krummstroh 3,00 bis 3,50. Heu 6.00—7.00. Alles für 100 Kilogramm. Rindfleisch im Großhandel 0.95—1,04, von der Keule 1.40—1.60. Bauchfleisch 1,20—1,30, Schweinefleisch 1,40—1,60, Kalbfleisch 1.30—1.50, Hammelfleisch 1.30—1.50. Speck (geräuchert) 1.60—1.80. Eßbutter 2.20—2.60. Alles für 1 Kilogramm. Eier für 60 Stück 3.20—3.60.

Wasserstände.

+ bedeutet über — unter Null.

Elbe.					Fall	Wuchs
Pardubitz	9. März	+ 0.69	10. März	+ 0.55	0.14	—
Brandeis	„	+ 0.83	„	+ 0.87	—	0.04
Melnik	„	+ 0.46	„	+ 0.48	—	0.02
Leitmeritz	„	+ 0.32	„	+ 0.37	—	0.05
Aussig	10. „	+ 0.86	11. „	+ 0.80	0.06	—
Dresden	„	— 0.68	„	— 0.66	—	0.02
Torgau	„	+ 1.58	„	+ 1.57	0.01	—
Wittenberg	„	+ 2.31	„	+ 2.29	0.02	—
Roßlau	„	+ 1.80	„	+ 1.86	0.04	—
Barby	„	+ 2.25	„	+ 2.17	0.08	—
Schönebeck	„	+ 1.99	„	+ 1.92	0.07	—
Magdeburg	11. März	+ 1.87	12. „	+ 1.83	0.04	—
Tangermünde	10. „	+ 2.89	11. „	+ 2.84	0.05	—
Wittenberge	„	+ 2.63	„	+ 2.57	0.06	—
Dömitz, Pegel	„	+ 2.20	„	+ 2.16	0.04	—
Lauenburg	„	+ —	„	+ 2.21	—	—

Leih-Haus
Adolph Michaelis
Apfelstr. 16, I.
Geöffnet von 8—8 Uhr.
Strengste Verschwiegenheit.
2809

W. Coors
Sudenbg., Halberstädterstr. 116
Großes Lager
solider dauerhafter **Schuhwaren**
in den einfachsten bis elegantesten Ausführungen.
Nirgends billiger. Nirgends besser.

Max Görnemann Nachf.
Kaiserstrasse 91
Gegenüber dem Stadttheater
Pa. Schneide- und Brechbohnen
2 Pfd.-D. 25 Pfg. 4 Pfd.-D. 48 Pfg.
Gerösteter Kaffee
Vorzüglich ist Spezial-Mischung Pfd. 100 Pfg.
Echt Emmenthaler Schweizerkäse
¼ Pfd. 25 Pfg.

Nußb., birkene und kieferne
Möbel
Spiegel u. Polsterwaren
billig zu verkaufen 2535
Fr. Schmidt, Tischlermeister
Buckau, Schönebeckerstr. 16.

Hausfrauen 2115
und
Handwerker
verlangt nur
Seifensand
Blitzblank
Pfd.-Paket 10 Pf.
überall
zu haben.

Jagd- u. Kinderwagen m. Gummi bill. z. verk. [illegible] 20

Nähmaschine gut erh., z. [illegible] für 18 Mk. zu verk. [illegible] Bahnhofstr. 55, [illegible]

Leih-Haus
M. Korn
[illegible] Nr. 3a
Geld 317
für alle Wertsachen.

Standesamt.

Magdeburg, 11. März.

Aufgebote: Fabrikarb. Friedr. Karl Hödel in [illegible] mit Minna Auguste Berta Uhde in Schönewitz. Rangierer Herm. Wilh. Karl [illegible] mit Elise Krahn in Leopoldshall. Arb. Wilhelm Behrends mit Maria Salomon in [illegible]. Lehrer Theod. Konr. Müller hier mit Marie Aug. Lina Ellmann in [illegible]. Lehrer Karl [illegible] hier mit Klara Ramsdorf in Bernburg. Arb. Joh. Herm. [illegible] in Tangermünde mit Luise Friederike Sophie Günther in [illegible]. Schmied Emil Friedr. Paul [illegible] hier mit Marie Dorothee Serbe in [illegible]. Schlosser Alb. Lange hier mit Luise Auguste [illegible] hier. [illegible] hier mit Marie [illegible] Behrens in Calbe a. S. Buchhalter Wilhelm [illegible]. Franz [illegible] hier mit Berta Anna [illegible] in Calbe a. S. [illegible] Carl [illegible] in [illegible] mit Anna Dorothee Martha Johannes in [illegible]. Schlosser Otto [illegible] mit Emma [illegible] [illegible] Wilhelm [illegible] hier mit Mathilde [illegible] Auguste Margarete [illegible] in [illegible]. [illegible] Alfred [illegible] [illegible] Schuhmacher [illegible] mit Emma [illegible] [illegible] Schröder mit Gertrud [illegible] [illegible] in [illegible] mit [illegible] hier. [illegible] Joh. Herm. [illegible] mit Ottilie [illegible] Auguste [illegible] in Derben. Arb. Otto Bernh. [illegible] in [illegible] mit [illegible] in [illegible]. [illegible] Anton Scholz in [illegible] mit Emilie Anna Schumann hier.

Geburten: Werner, S. des Fabrikarb. [illegible] Bernhard, S. des Buchdr. Bernh. [illegible] Emmi, T. des Briefträgers Wilhelm [illegible] Gustav, S. des Kaufm. Gottl. [illegible] Hedwig, T. des Hilfs[illegible] Joh. [illegible]

Todesfälle: Auguste [illegible], 72 J. 4 M. 8 T. Friedrich [illegible], verw. Eisenb.-Güter[illegible], 77 J. 4 M. 4 T.

Sudenburg, 11. März.

Geburten: [illegible], S. des [illegible] Wilhelm Heinemann. [illegible] T. des Arbeiters [illegible] Köhler.

Todesfälle: [illegible], 79 J. 7 M. 10 T. [illegible], T. des Arbeiters [illegible], 2 M. 16 T. Anna geb. [illegible], Ehefrau des Zimmer-[illegible] Wilhelm Geyer, 29 J. 5 M. 14 T. [illegible], T. des [illegible] Aug. Kuhlmann, 1 J. 4 M. 10 T.

Buckau, 11. März.

Geburt: Otto, S. des Schmieds Otto Baum.

Todesfall: Witwe Friederike [illegible] geb. Schulze, 69 J. 10 M. 23 T.

Neustadt, 11. März.

Aufgebote: Arb. Otto [illegible] hier mit Marie [illegible] in [illegible]. [illegible] Franz [illegible] mit [illegible] Marie Karoline [illegible].

Geburten: Wilhelm, S. des Arbeiters Wilh. Wernecke. [illegible], T. des [illegible] Albert Heim. [illegible], S. des Arb. Wilh. Weber.

Todesfälle: Willi, [illegible] des Arb. Herm. [illegible], 3 M. 25 T. Ehefrau des [illegible] Schumann, Karoline geb. [illegible], 63 J. 9 M. Ehefrau des Maurers [illegible] Katharine geb. Diedrich, 57 J. 7 M. 24 T. Richard, S. des Arbeiters Wilhelm Weber, 9 Std.

Aschersleben.

Geburten: S. des Schmieds Friedrich Hildebrandt. T. des [illegible] Bernhard Hammer.

Burg, 10. März.

Aufgebot: [illegible] Hermann [illegible] Bode mit Hedwig Martha Giese hier.

Geburt: T. des [illegible] Albert [illegible].

Todesfälle: Witwe des [illegible] Müller, Luise geb. Schulze, 66 J. Hanna, T. des [illegible] Friedr. Schulze, 2 J.

[illegible], 11. März.

Geburten: S. des Fleischermeisters Hermann Müller. S. unehelich. T. unehelich.

Todesfälle: [illegible] Wilhelm [illegible], 1 J.

Halberstadt.

Vom 7. bis 10. März.

Aufgebote: Handschuhmacher [illegible] Richard [illegible] zu Berlin mit Helene [illegible] hier. [illegible] August Fiegner zu Freiburg in Schlesien mit Emma Hentschel hier. Lehrer Paul Ackermann mit Minna Seelmann hier. Schneider Albert Johann Friedrich Burzlaff mit Marie Klara Else Rödig zu Eilenburg. Kaufmann Walter Gottlieb Gustav Gaih hier mit Johanne Charlotte Marie Gaih zu Frankfurt a. O. [illegible] Wilhelm Harig mit Dorothee Schönekerl zu Aspenstedt. Stadthauptkassenassistent Max Käferhens hier mit Helene Knode zu Thale a. H. Knecht August Göricke zu [illegible] mit Marie Luise Becker zu [illegible]. Oberlehrer Dr. phil. Hermann Wedde mit Anna Roßköhler hier. Arbeiter Karl Hartmann mit Klara Müller hier. Milchhändl. Wilhelm Weißenborn mit Johanna Hamm hier. Arbeiter Ernst August Lange hier mit Minna Tonkmann zu Dingelstedt. Geschäftsführer Christian Wilhelm Deutschbein zu Wettin mit Marie Wilhelmine Krumme zu [illegible].

Eheschließungen: Schmied Friedrich Lahse mit Fanni Götschel. Buchdrucker Friedrich Behrens mit Emma Wohlfarth.

Geburten: S. unehelich. S. des Tischlers Wilhelm Jordan. T. des Oberkellners Julius Ostermann. S. des Arbeiters Wilhelm Hertel. T. des Handschuhmachers Heinrich Kühne. S. des Tischlers Paul Blaser. S. des Böttchermeisters Friedrich Petri. T. des Sergeant. Louis Kestner. T. des Magistrats-Bureau-Assistenten Christian Spangenberg. S. des Arbeiters August Warnecke.

Todesfälle: Auguste, T. des verstorb. Maurers Hermann Drache, 8 J. 2 M. 8 T. Johanne geb. Poll, Ehefrau des Senatspräsidenten Robert Wilsner aus Hamm, 63 J. 9 M. 25 T. Hermann, S. des Fabrikarbeiters Hermann Münchhoff, 2 M. 8 T. Witwe Krieg, Marie geb. Fritsche, 82 J. 8 M. 1 T. Pferdewärter Stanislaus Kojoski aus Emersleben, 47 J. 10 M. 1 T. Hedwig, T. des Formers Hermann Rein, 3 M. 28 T.

Quedlinburg.

Aufgebote: Bäcker Paul Vogler mit Hedwig Gille. Maschinenmeister Paul Krautz mit Marie Schuchardt. Drechsler Otto Reißner mit Anna Röber. Kunstmaler Joh. Gottesleben mit Hildegard Behl. Tischler Heinrich Grundmann mit Sophie Neubauer. Schutzmann Friedrich Schlüter in Berlin mit Martha Cuno. Arbeiter Friedrich Scheffler mit Anna Körner. Arb. Hermann Fricke mit Johanne Hellriegel.

Eheschließungen: Gärtner Hermann Brehorst mit Emma Gerstenberg. Arb. Ferdin. Ebert mit Witwe Dorothee Markwort geb. Hirschelmann. Gärtner Alb. Kippenberg mit Witwe Anna Dammköhler geb. Hoffmann.

Geburten: S. des Serg. im Kürassier-Regiment von Seydlitz Alfred Natho. T. des Gärtners Joseph Chmielewski. T. des Arb. Franz Stolte. S. des Gärtners Karl Göhrndt. S. des Küsters Albert Zeidler. S. des Appreteurs Martin Oppermann. S. des Maur. Robert Rieneckert. T. des Gärtn. August Kelb. S. des Arb. Ludwig Kleie. T. des Arb. Wilhelm Kleie.

Todesfälle: Helene, T. des Arb. Friedrich Schulze, 7 M. 6 T. Wilhelm, S. des Arb. Hieronymus Losse, 4 J. Rentnerin Helene von Rhade, 77 J. 4 M. Schneider August Woldt, 5 M. Arbeiterin Anna Katharina Schmidt in Thale, 21 J. 9 M. Ehefrau des Stahlflechters Christian Försterling, Minna geb. Müller, 45 J. 2 M. Karl, S. des Klempners Karl Wendemuth, 8 T. Willi, S. des Steinsetzers Friedrich Drüen, 19 T. Ehefrau des Stellmachermeisters Friedrich Zimmermann, Marie geb. Kühne, 51 J. 5 M.

„Neuesten Nachrichten" veröffentlichen. Die „Freiwilligkeit", mit der die Arbeiter ihre Unterschriften leisten, wird genügend dadurch gekennzeichnet, daß der Generalgewaltige bei der Unterschriftensammlung sagte: „Wem seine Existenz und seine Familie lieb ist, der solle nur unterschreiben!" — Also eine „Freiwilligkeit", die durch die Hungerpeitsche erzwungen wird und der „Protestkundgebung" einen Charakter verleiht, der nicht im Sinne ihrer Veranstalter wirkt. —

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 12. März 1903.

— **Eine Volksversammlung** findet am Montag abend in der „Zerbster Bierhalle", Sudenburg, Schöningerstraße 28, statt. Unser Genosse Stadtverordneter Wilhelm Haupt wird in dieser Versammlung über **„Die Steuerverhältnisse der Stadt Magdeburg"** reden. Es ist wohl anzunehmen, daß der Besuch der Versammlung ein recht starker sein wird. —

— **Zur Bewegung im Tapeziergewerbe.** Eine Tapezierer-Versammlung tagte am Dienstag den 10. März bei Seebold. Die Zwangsinnung, welche hierzu eingeladen war, war nicht erschienen. 90 Prozent der in Magdeburg arbeitenden Gehilfen waren anwesend und nahmen die Ausführungen des Kollegen Wels-Berlin über den neuen Lohntarif und seine Durchführung mit Beifall entgegen. Die Hauptpunkte dieses Tarifes sind: 9stündige Arbeitszeit, 18 Mark Minimallohn, Abschaffung der Ueberarbeit und Erfüllung der notwendigsten sanitären Vorschriften. Wenn auch das Verhältnis der Meister zu den Gehilfen ein laues ist, so hoffen doch die Gehilfen, daß die gegenwärtig gute Geschäftskonjunktur die Unternehmer zwingen dürfte, den Tarif anzuerkennen. In Madeburg, dem „Eldorado" der Tapezierer, befinden sich 200 Meister mit 88 Lehrlingen und nur 110 bis 120 Gehilfen (in der besten Saison). Folgende Resolution fand einstimmige Annahme:

> Die von zirka 90 Prozent der Magdeburger Tapeziergehilfen besuchte Versammlung beschließt, den den Arbeitgebern zugestellten Lohntarif mit allen gesetzlichen Mitteln zur Durchführung zu bringen und selbst, wenn es sein muß, die Arbeit niederzulegen, bis derselbe zur Anerkennung gebracht ist.

Die Innung hat, wie das ja selbstverständlich ist, sämtliche Forderungen der Arbeiter abgelehnt, was den Arbeitern jedoch ganz und gar nicht imponieren will.

Als Kuriosum und zur Charakteristik der „Gesetzeskenntnisse" der Herren Meister sei erwähnt, daß sie gegen die beiden Leiter der Lohnbewegung bei der Staatsanwaltschaft Strafantrag gestellt haben und zwar wegen — — „Aufreizung zum Streik". Die Herren haben wohl geträumt, die Zuchthausvorlage sei aus dem Orkus auferstanden und Gesetz geworden. Vielleicht amüsiert sich der Staatsanwalt über diesen Strafantrag ebenso wie die Gehilfen. —

— **Zur Lohnbewegung der Tapezierer.** Eine außerordentliche Generalversammlung der Zwangs-Innung der Tapezierer und Dekorateure fand am Mittwoch, 11. März, abends 8 Uhr in Richardts Restaurant statt. Tagesordnung: Beschlußfassung über einen von den Gehilfen aufgestellten Lohntarif. Obermeister Mohrhoff eröffnete die Versammlung. Er führte an, wie frivol und heimlich die Gehilfen die Sache mit der Aufstellung des Lohntarifs getrieben haben. Abgesehen von zwei Meistern, sprachen fast alle Anwesenden sich dahin aus, den Gehilfen absolut nicht entgegen zu kommen und den Lohntarif zurückzuschicken. Der Lohntarif wurde, ohne daß man die einzelnen Punkte durchprüfte, zurückgelegt. Einige Mahnungen, lieber mit den Gehilfen zu unterhandeln, wurden mit Entrüstung zurückgewiesen. Eine Resolution wurde angenommen, welche die Ablehnung des Lohntarifs ausdrückte und die Gehilfen aufforderte, die Kündigung zurückzunehmen und dann in Verhandlungen zu treten. Ebenfalls wurde in der Versammlung vorgeschlagen, die beiden Rädelsführer Garz und Thormann nicht mehr zu beschäftigen. Ein ausgearbeitetes Schriftstück an die königliche Staatsanwaltschaft wurde verlesen, in der die Gehilfen Garz und Thormann wegen Verleumdung und Aufreizung zum Streik zur Weiterverfolgung der königlichen Staatsanwaltschaft unterbreitet werden sollen. —

— **Von den Scharfmachern in der Metallindustrie.** Die statistische Ausgabe pro Februar 1903 vom „Arbeitsnachweisbureau des Verbandes der Metallindustriellen Magdeburgs und Umgebung" bringt folgendes Ergebnis: Es meldeten sich Arbeiter: 1052. Hiervon wurden bestellt und angenommen 183, so daß 869 ohne Beschäftigung blieben. Ein Beweis, wie überflüssig dieser „Arbeitsnachweis" ist. Ein Arbeitsnachweis, der nicht einmal den sechsten Teil der sich meldenden Arbeitslosen unterzubringen im stande ist, hat überhaupt keinen Anspruch auf Existenzberechtigung. —

Gerichts-Zeitung.

Gewerbegericht Magdeburg.

Sitzung vom 12. März 1903.

Vorsitzender: Stadtrat Gaffer. Beisitzer: Prokurist Kahle und Gastwirt Schäfer, Arbeitgeber; Vorrichter Schröder und Tischler Sanftleben, Arbeitnehmer.

Der Maurer Pasemann klagt gegen den Bauunternehmer Glimm auf eine 14tägige Lohnentschädigung in Höhe von 54 Mark wegen kündigungsloser Entlassung. Kläger hat beim Beklagten 14 Tage gearbeitet und wurde dann nach Unterzeichnung eines Reverses, wonach zwischen den beiden Kontrahenten eine Kündigung nicht existiert, sofort entlassen. Kläger führt an, er hätte die Unterschrift nur geleistet, weil er glaubte, sonst entlassen zu werden. Das Gewerbegericht ist der Meinung, daß durch die Unterzeichnung des Schriftstücks beim Kläger die Täuschung hervorgerufen worden ist, daß nach vollzogener Unterzeichnung das Arbeitsverhältnis seinen Fortgang nehmen würde und er mithin ein Recht auf 14tägige Kündigung resp. Entschädigung hätte. Da Beklagter seinen Sohn ohne Vollmacht zum Termin gesandt hat, konnte ein formelles Urteil nicht gefällt werden. Der Vorsitzende rät dem Sohn des Beklagten, die Summe zu zahlen. —

Der Tischler Hübner klagt gegen die Firma Brandt u. Brunkow auf Zahlung einer Restlohnforderung von 1,68 Mark für 4 Stunden Arbeit. Kläger, der auf Stundenlohn angenommen ist und die angezogenen 4 Stunden aber nicht gearbeitet hat, wird mit seiner Forderung abgewiesen. —

Der Arbeiter Meyer ist bei dem Kaufmann Otto Friese gegen einen Tagelohn von 2 Mark beschäftigt gewesen. Widerruflich erhielt er an jedem 1. eines Monats aus der Privatkasse des Beklagten 7,50 Mark als Gratifikation. Anläßlich verschiedener Vorkommnisse unterblieb während vier Wochen die Zahlung der Gratifikation, die nunmehr vom Kläger als Restlohn beansprucht wird. Durch Zeugen wird festgestellt, daß die Zahlung der Gratifikation als Geschenk aufzufassen gewesen ist. Kläger wird deshalb kostenpflichtig abgewiesen. —

Die Näherin Steckel klagt gegen die Schneiderin Wolter auf Zahlung einer Lohnentschädigung von 9 Mark wegen kündigungsloser Entlassung. Die Parteien vergleichen sich auf 6 Mark, die Beklagte sich bereit erklärt, zu zahlen. —

In der Klagesache des Maurerpoliers Willwoldt und acht Genossen gegen die Bank- und Baufirma Meyer Oppenheimer auf Zahlung von Restlöhnen in Höhe von 6 Mal je 99 Mark und 3 Mal je 85,65 Mark wird heute die Firma auf Grund eines Versäumnisurteils angehalten, die vorbezeichneten Summen an die Kläger zu zahlen. —

Der Kellner Lüdecke verlangt vom Hotelier Sperlig eine 10tägige Lohnentschädigung in Höhe von 45 Mark wegen plötzlicher Entlassung. Dieselbe erfolgte, weil der Kläger sich ohne Veranlassung an dem Beklagten tätlich vergriffen und auch sonst ein derartig ungebührliches Betragen an den Tag gelegt hatte, daß die sofortige Entlassung als gerechtfertigt angesehen werden mußte. Kläger wird nach einer scharfen Zurechtweisung seitens des Vorsitzenden mit seiner Klage abgewiesen. —

Der Arbeiter Schattenberg klagt gegen den Fuhrherrn Kraushaar, bei dem er als Wächter beschäftigt wurde, auf Zahlung eines Restlohnes in Höhe von 13 Mark. Beklagter wendet ein, Kläger sei noch nicht entlassen, er sei nur durch einen Schutzmann abgeführt worden, weil er den Beklagten fortgesetzt bestohlen habe. Kläger gibt selbst zu, 5 Zentner Kartoffeln entwendet zu haben. Kläger wird deshalb abgewiesen. —

Kleine Chronik.

Einem scheußlichen Verbrechen

ist man in Düsseldorf auf die Spur gekommen. Seit Rosenmontag wurde dort die etwa $7^1/_2$jährige Franziska Schatten, die Tochter eines Arbeiters, vermißt, und am Sonnabend wurde die Leiche des Kindes in einem Kanalschacht ermordet aufgefunden. Der Mörder, von dem bislang jede Spur fehlt, hat an dem Kinde zunächst ein geradezu an Bestialität grenzendes Sittlichkeitsverbrechen verübt und es dann durch Hammerschläge auf den Kopf getötet. —

Ein netter Pfaffe.

Ein aufregender Prozeß, der in seinen Einzelheiten an den kürzlich zu Ende geführten Giftmordprozeß gegen die Stiftsoberin Elise v. Heusler in München erinnert, gelangte vor dem Schwurgericht Klagenfurt zur Verhandlung. Angeklagt ist der katholische Kaplan Thomas Masek unter der Anschuldigung des versuchten Giftmordes, begangen an seinem Amtsbruder, dem Kaplan Strnad. Beide wohnten zusammen in der Pfarre Pulst in Kärnten, wo sie einen gemeinschaftlichen Haushalt führten. Masek hatte sich im Oktober vorigen Jahres ein Kassenbuch des Kirchenadministrators angeeignet; Strnad drohte dem Amtsbruder mit einer Anzeige bei der Staatsanwaltschaft. Als am nächsten Tage Strnad bei einer kirchlichen Zelebration einen Kelch Wein trank, brach er plötzlich bewußtlos zusammen. Die Untersuchung ergab, daß in dem Wein Gift enthalten war. Aerztlicher Hilfe gelang es, den Pfarrer am Leben zu erhalten. Der Verdacht des Giftmordversuchs richtete sich sofort gegen Masek, weil er allein in das „Allerheiligste" der Kirche gelangen konnte, wo der Wein aufbewahrt wurde. Da Masek jedes Verschulden in Abrede stellt, so ist ein umfangreicher Indizienbeweis nötig. —

Kleine Tageschronik. Wegen Kindesmordes, den sie vor 1½ Jahren begangen, wurde die 24jährige Plaschua aus Burg-Kauper im Spreewald verhaftet. Sie hatte ein lebensfähiges Kind geboren und es getötet, indem sie es gegen eine Wand schlug. Die Leiche hatte sie unter Unkraut verborgen. Am letzten Sonnabend wurde der verweste Leichnam gefunden. — Auch in Borbeck bei Essen ist man jetzt einem vor Jahren verübten Verbrechen auf die Spur gekommen. Im März 1901 wurde in der Nähe des Schloßparkes auf dem Felde eine Kindesleiche aufgefunden. Jetzt hat sich herausgestellt, daß das Kind von dem Vater, einem Arbeiter Hönscheid aus Essen, ermordet und dann auf das Feld geworfen wurde. Die Eheleute Hönscheid sind beide verhaftet worden. — Im Bremsberg der Zeche Hannibal bei Essen verunglückten bei Reparaturarbeiten drei Bergleute. Einer wurde getötet, die übrigen tödlich verletzt. — Die aus der Affäre des Banknotenfälschers Grünenthal bekannte Elle Goltz ist mit ihrem Anspruche von 60 000 Mark vom Kammergericht abgewiesen worden. — Ein grauenhafter Mord ist Sonntag früh in der Erziehungsanstalt Leschnitz (Oberschl.) verübt worden. Ein 17jähriger Zögling tötete die bereits zehn Jahre an der Anstalt amtierende Lehrerin Marie Bartsch, indem er ihr mit einem Messer den Hals durchschnitt. Der Bursche setzte darauf das Zimmer, das die Lehrerin bewohnte, in Brand und beteiligte sich schließlich mit Eifer an den Löscharbeiten; die blutbefleckten Sachen wurden ihm jedoch zum Verräter, und er gestand sein Verbrechen ein. Der Mörder heißt Scholz. — Die Strafkammer in Fürth verurteilte die Glasvoliererfrau Marie Vollrath und die Schreinerfrauen Kunigunde Vollrath und Anna Schmidt, welche bei der Beerdigung einer Verwandten, mit der sie verfeindet waren, laut aufgelacht, in die Hände geklatscht und gerufen hatten: „So, jetzt liegt sie drin, das ist recht!" wegen Vergehens wider die Religion zu je 1 Monat Gefängnis. — Der ehemalige Lehrer des Kaisers, Hauptmann a. D. Andreas O'Dunn, ist aus der Irrenanstalt im Holsteinischen, wo er zuletzt untergebracht war, entwichen. — Das Gerücht von dem Selbstmord der Oberin Elise v. Heusler in München bestätigt sich nicht, doch ist die angemeldete Revision wieder zurückgezogen. — In dem Hause Bürgerweide 75 in Hamburg wurde die 60jährige Witwe Friedrich und ihr Sohn in ihrem Schlafzimmer bewußtlos aufgefunden. Ein herbeigeholter Arzt stellte fest, daß der Sohn bereits tot war, während die Mutter noch schwache Lebenszeichen von sich gab. Das Unglück ist infolge zu frühzeitigen Schließens der Ofenklappe entstanden. — Der Postdampfer „Finland", der Red Star-Linie in Antwerpen, ist am 10. März wohlbehalten in New-York angekommen. —

Literarisches.

(Eingegangene Druckschriften. Besprechung einzelner Werke vorbehalten.)

Von der **„Neuen Zeit"** (Stuttgart, Dietz' Verlag) ist soeben das 23. Heft des 21. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Karl Marx. — Einleitung zu einer Kritik der politischen Oekonomie. Von Karl Marx. 1. Die Produktion im allgemeinen. 2. Das allgemeine Verhältnis der Produktion zu Distribution, Austausch, Konsumtion. — Zum 14. März. Von F. A. Sorge. — Drei Krisen des Marxismus. Von K. — Sozialismus und Landwirtschaft. Von K. Kautsky.

Die „Neue Zeit" erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteure zum Preise von 3,25 Mark pro Quartal zu beziehen. In der Zeitungspreisliste der Postanstalten ist die Neue Zeit" unter Nr. 5575 eingetragen, jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pfennige.

Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung. —

Livinski, „Das Recht im gewerblichen Arbeitsverhältnis" betitelt sich ein Werkchen, welches dazu berufen ist, dem Gewerbetreibenden, Fabrikanten und vor allem dem Arbeiter als Wegweiser auf den vielfach verschlungenen Rechtswegen, der vielfach abgeänderten Gewerbeordnung, des Bürgerlichen Gesetzbuches und einer Reihe von Nebengesetzen, Bundesrats-Verordnungen und Entscheidungen der Gewerbe-, Reichs- und andern Gerichte zu dienen. Aus dem reichen Inhalte heben wir nur die Haupttitel hervor: Der Arbeitsvertrag; Beginn des Arbeitsverhältnisses; Der Inhalt des Arbeitsvertrages; Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse; Soziale Fürsorge; Jugendliche Arbeiter; Frauenarbeit; Maximalarbeitstag männlicher Arbeiter; Arbeitszeit in offenen Verkaufsstellen; Gewerbeaufsicht; Die Sonntagsarbeit; Fabrikarbeiter; Der Lohn: Lösung des Arbeitsverhältnisses; Kündigungslose Entlassung; Kündigungslose Aufgabe der Arbeit; Wichtige Gründe; Stillschweigende Fortsetzung der Arbeit; Zeugnis; Konkurrenzklausel; Das Rechtsverhältnis der Werkmeister; Das Rechtsverhältnis der Lehrlinge. Das Werk ist 269 Seiten stark und zum Preise von 2 Mark erhältlich. — Bestellungen nehmen die Buchhandlung der „Volksstimme" sowie sämtliche Kolporteure entgegen. —

Letzte Nachrichten.

(„Herold", Depeschen-Bureau.)

Darmstadt, 12. März. Nach einer Meldung der „Frankf. Ztg." belaufen sich nach dem Voranschlage der Regierung die Kosten für den Ausbau des Darmstädter Bahnhofes auf etwa 10 Millionen, und für dieses Etatsjahr soll eine Rate von einer Million gefordert werden. Der Finanz-Ausschuß beschloß, die Bewilligung auszusetzen bis ihm die Pläne vorgelegt seien. Der Finanzminister teilte mit, daß er die Pläne gesehen habe, daß sie aber in Mainz oder (!) Berlin lägen, auch würden die Kosten möglicherweise um 2 Millionen den Voranschlag überschreiten, im ganzen also auf 12 Millionen sich belaufen. —

Lemberg, 12. März. In Angelegenheit der revolutionären Bewegung in Rußland wurden ein Student sowie zwei Bauern verhaftet, ebenso wurde ein angeblicher russischer Student, dessen Identität noch nicht festgesetzt, verhaftet. Die hiesige Presse verurteilt aufs schärfste das Vorgehen der Behörden, welche aus Höflichkeit gegen Rußland in dieser Sache zu weit gehen. (Nach preußischem Muster! Red.) —

Madrid, 12. März. Wie der „Liberal" berichtet, erklärte der Finanzminister, er werde fest bei dem Beschlusse beharren, die Finanzen in Ordnung zu bringen, niemand werde ihn von seinem Vorhaben abbringen und müßte er seine Demission geben, so lehne er jede Verantwortung für die Folgen ab. In dem gestrigen Ministerrate erklärte der Minister des Innern, er könne vor dem nächsten Ministerrate sein Budget nicht vorlegen. Der Marineminister erklärte, sein Budget sei noch nicht fertig gestellt, eine ähnliche Erklärung gab der Kriegsminister ab. Die Lösung dieser Frage wird von der politischen und Finanzwelt mit großer Spannung erwartet. —

Wien, 12. März. Die österreichischen und ungarischen Kupferwerke erhöhen von heute ab die Preise für Kupferbleche neuerdings um 10 Kronen pro 100 Kilogramm. —

Fiume, 12. März. Die hiesigen Schneidergehilfen sind wegen Nichtbewilligung der geforderten Verkürzung der Arbeitszeit und der vollständigen Sonntagsruhe in den Streik eingetreten. —

Krakau, 12. März. Die hiesigen Kirchendiener sind wegen nicht bewilligter Erhöhung ihres kärglichen Lohnes in den Streik getreten. —

Rom, 12. März. Der in der gestrigen Gerichtsverhandlung als Entlastungszeuge im Neapeler Korruptionsprozeß aufgetretene bekannte Advokat Montefredini wurde wegen Meineides und falscher Zeugenaussage im Gerichtssaale verhaftet.

Portici, 12. März. Der Ausbruch des Vesuvs hat seit gestern große Fortschritte gemacht. Der Vulkan speit fortwährend Feuergarben aus, man verspürt deutlich fortwährende Erderschütterungen, veranlaßt durch Explosionen. —

Manila, 12. März. Zwei amerikanische Dampfer, „Novares" und „Maestra", sind zusammengestoßen, beide sanken und gelten als verloren. Nur ein Teil der Passagiere und Mannschaften konnte gerettet werden. —

Aus dem Haag, 12. März. (Eig. Drahtb.) Zwischen den Sozialisten sind bezüglich der gegenüber dem Streikgesetz-Entwurf einzunehmenden Haltung Meinungsdifferenzen entstanden. Die Führer der sozialistischen Kammergruppe, Troelstra, van Kol und Kollack, befürworten die gesetzlich erlaubte Agitation, um die Liberalen für sich zu gewinnen, welche in ihrer Mehrheit gegen die Vorlage sind. Die revolutionären Sozialisten und Anarchisten wollen den Widerstand bis zum äußersten fortsetzen. In einem Interview erklärte Troelstra, er sei für eine legale Agitation auf dem Wege öffentlicher Versammlungen, Petitionen usw. Ein Generalausstand, so sagte er, würde die Regierung in ihrem Vorhaben nur bestärken. Die christlich-demokratischen Arbeiter sind ebenfalls gegen einen Ausstand und es ist wahrscheinlich, daß die Mehrheit von ihnen sich im Falle eines Streiks von den Ausständigen trennen würde. Es wird daher immer klarer ersichtlich, daß die ruhigeren Elemente schließlich die Oberhand gewinnen werden. —

London, 12. März. (Eig. Drahtb.) Der Finanzmann W. Wright, welcher gestern verhaftet werden sollte, ist entflohen. Er soll nach Spanien abgereist sein, während andre wissen wollen, daß er in Dünkirchen gesehen worden ist. Er hat durch falsche Zirkulationen einen Schaden von 300—400 Millionen Frans verursacht. —

Briefkasten.

K. Sch., Burg. Eingetragene Vereine können rückständige Beiträge durch den Vorstand einklagen; nicht eingetragene Vereine können zwar verklagt werden, aber klagen können nur die einzelnen Mitglieder (und zwar auch wegen rückständiger Beiträge). —

P. St., Sudenburg. Die Höhe der Billettsteuer richtet sich danach, wie hoch das Entree ist und um was für ein Fest es sich handelt. Ohne daß sie uns mitteilen, welcher Art die Festlichkeit war, ob der Eintritt frei war oder Eintrittsgeld, bezw. in welcher Höhe, erhoben wird, können wir Ihre Frage nicht beantworten. Daß auf dem Billett die Worte „10 Pfg. städtische Billettsteuer" steht, würde den Besucher von der Verpflichtung, 15 Pfg. zu bezahlen, nicht entbinden, falls die Steuer 15 Pfg. beträgt. —

K. F., Salze. Es ist nicht strafbar, wenn ein Arbeiter oder Angestellter die sogenannte Konkurrenzklausel bricht. —

Thale. Eingesandt Herr, die Verletzung der Arbeiterschutzgesetze können wir von hier aus nicht nachprüfen. Würden wir es aufnehmen, wie Sie es uns senden, kämen wir in die größte Verlegenheit. — Das Weitere folgt noch. —

J. Brilles

Permanentes Lager von — ca. 500 Pfund! —

Sämtliche Sorten

2376 **Pfund von 40 Pfg. an.**

Garantiert staubfrei und doppelt gereinigt.

Max Herzberg, Schopenstr. 1 I.

empfiehlt sein großes Lager moderner

Herren-, Knaben- u. Konfirmanden-Anzüge

Sommer-Paletots, einzelne Jacketts und Hosen

zu enorm billigen Preisen. Außerdem habe noch

eine Partie gute Knaben-Stoff-Anzüge

bedeutend unter regulärem Preis abzugeben. 2375

Spiegelbrücke 5 und Leipzigerstr. 10

täglich Verkauf des berühmten

Altmärker Landbrot!

Telephon 3644. 2178 **Lieferung frei Haus.**

2505

Wir empfehlen unser

Bockbier

in Flaschen

30 Flaschen = 3 Mark frei ins Haus.

Wallbaum & Co.

Brauerei-Kontor: **Wasserkunststraße 111** Fernspr. 627.

Stadt-Kontor: **Alte Ulrichstraße 15a.** Fernspr. 950.

Buchhandlung Volksstimme

Magdeburg, Jakobstrasse 49.

Allen denjenigen, welche sich für die hochinteressanten Werke des bedeutendsten russischen Schriftstellers

Graf Leo Tolstoi

interessieren, empfehlen wir folgende Ausgaben in einwandfreier deutscher Uebersetzung:

Zur Arbeiterfrage, 48 Seiten	0.50 Mk.
Das Nichtstun, 64 Seiten	0.50 „
Die Kreutzer-Sonate, 128 Seiten	1.00 „
Julius (Wandelt, dieweil Ihr das Licht habt), 136 Seiten	1.00 „
Der Roman der Ehe, 140 Seiten	1.00 „
Wirt und Knecht, 112 Seiten	1.00 „
Was ist Kunst? 112 Seiten	1.00 „
Nach vierzig Jahren, 128 Seiten	1.00 „
Die Macht der Finsternis, 112 Seiten	1.00 „
Ueber den Sinn des Lebens, 96 Seiten	1.00 „
Muß es denn so sein? 108 Seiten	1.00 „
Graf Leo Tolstoi und der heilige Synod, 80 Seiten	1.00 „
Ein Schicksal, 112 Seiten	1.00 „
Patriotismus und Christentum, 118 Seiten	1.50 „
Was sollen wir also tun? 160 Seiten	1.50 „
Was ist Religion? 112 Seiten	1.00 „
Ueber Erziehung und Bildung, 80 Seiten	0.80 „
Zwei Husaren, 112 Seiten	1.00 „
Jermak und andere Geschichten, 112 Seiten	1.00 „
Iwan der Dummkopf und andere Geschichten, 112 Seiten	1.00 „
Die Kosaken, 168 Seiten	0.60 „
Die christliche Lehre, 186 Seiten	2.00 „
Mein Glaube, 240 Seiten	2.00 „

Sämtliche vorstehenden Bände sind elegant **broschiert und auf gutem Papier** gedruckt.

Außerdem empfehlen wir den **gebundenen Roman von Leo Tolstoi:**

.... Auferstehung ....

490 Seiten stark — Nur **1.25 Mark.**

Metzelers Pneumatik ist der beste!

Das zu **Metzelers Pneumatik** verwendete Gummi ist so fein, rein und dabei so zäh-elastisch, daß es widerstandsfähiger ist, wie jedes andere Material und eine gleiche Dicke von Nickelstahl, Glas usw. überdauert. 2543

Die Preise für Metzelers Pneumatik sind:

Laufmantel „H" Qual.	5 Mk. 25 Pf.	½ Jahr	schriftliche Garantie der Firma Metzeler & Co. Akt.-Ges.
Luftschlauch „Pera"	3 Mk. 75 Pf.	1 Jahr	
Laufmantel „Perfekt"	6 Mk. 25 Pf.	1 Jahr	

Ein jeder Käufer lege Wert darauf, eine schriftliche Garantie der Fabrik zu besitzen, da diese stets wertvoll ist und für die Güte des Fabrikates bürgt.

Eduard Röder

Inh. Gebr. Rothbohm

Grosse Münzstrasse 3 u. 18.

Städtische Arbeitsnachweisstelle

Magdeburg

unentgeltlich

Kostenlose Vermittelung von männlichen und weiblichen Arbeitskräften, sowie feinerem Personal **nach hier und auswärts.**

Fernsprechanschluß: Rathaus Nr. 2150—2155.

Männliche Abteilung: Faßlochsberg 13, Hof rechts.
Weibliche Abteilung: Bei der Hauptwache Nr. 5.

Geöffnet:

Männliche Abteilung: 8—12 Uhr vorm. und 3—6 Uhr nachm.
Weibliche „ 10—1 „ „ „ 4—7 „ „

Wir suchen zum **Antritt am 1. Oktober 1903** an Stelle unsres nach Bremen berufenen Leiters Herrn **G. Arnoldt** einen

ersten Geschäftsführer.

Befähigte Bewerber (nur erste Kräfte), welche mit dem Genossenschaftsgesetz vollständig vertraut sind, wollen ihre Offerten bis 10. April an unsern Aufsichtsrats-Vorsitzenden, Herrn **Wilhelm Koppe, Magdeburg, Rotenseerstraße 4,** einsenden. — Kaution 7500 Mark erforderlich. 2558

Der Aufsichtsrat des Konsum-Vereins Neustadt Magdeburg-N.

2385

Schürzen

in den verschiedensten Formen und in jeder Größe, nur gute Qual. zu enorm billigen Preisen empfiehlt

Julius Franke Alte Neustadt

Noch 40 Ztr. gute weiße **Speise-Kartoffeln** à Ztr. 2.25 Mk. zu verkaufen

Th. Kaisse, Schönebeckerstr. 107

[illegible] **Glässel & Mössner,** [illegible] Kataloge frei 94

Der Ausverkauf

der [illegible] **Schuhwaren-Konkursmasse**

u. zugel. Waren

271 Breiteweg 271

[illegible]

Schuhwaren

[illegible] **Preise!**

2544 **A. Bernstein.**

Küchenzettel der Magdeburger Volksküche Hauptwache 5.

Freitag: Kartoffelbrei mit polnisch. Hasen.

Wegen Geschäftsauflösung verkaufe ich, um schnell damit zu räumen, [illegible] à Pfd. 65 Pf. [illegible] à Pfd. 45 Pf.

Moritz Weinberg
Himmelreichstraße Nr. 12.

Als Putzmacherin

empfiehlt sich in und außer dem Hause

Fri. Dietz, [illegible] 10, p. I.

Einen **Tischlerlehrling** sucht zu Ostern **W. Müller,** [illegible] 2512

[illegible] **Fr. Eschberger** [illegible]

Verband d. Glasarbeiter Salbke-Westerhüsen.

Am Sonntag den 15. März, nachmittags 3 Uhr, bei Erxleben in Fermersleben Mitgliederversammlung

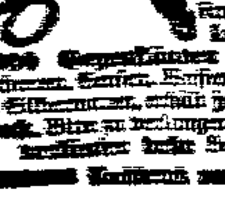
Referent: [illegible] **Alw. Brandes.**

Alle Mitglieder und diejenigen Kollegen, welche es werden wollen, sind hierzu eingeladen. 735

Der Vertrauensmann.

[illegible] **Buchhandlung Volksstimme.**

Zur Probe! [illegible]



[illegible]

[illegible]

Katharine Schmidt

geb. [illegible]

im 52. Lebensjahre.

[illegible]

Rudolf Schmidt und Kinder.

734

Die Beerdigung findet am Sonntag den 14. d. M., vorm. 11 Uhr, vom Trauerhause, [illegible] 4, aus statt.

Burg. „Grüne Linde" Burg.

Sonnabend den 14. März

Humoristischer Abend

Großer Bockrummel.

Freundlichst ladet ein **Willy Pilz.**

Halberstadt. • Gewerkschafts-Haus.

Sonnabend den 14. März, von abends 7 Uhr ab:

Bockbier-Fest.

Für großartige Unterhaltung ist bestens gesorgt.

Es ladet hiermit freundlichst ein **Hans Suhsbauer.**

Quedlinburg.

Konsumverein für Quedlinburg u. Umg.

E. G. m. b. H.

Montag den 16. März 1903, abends 8 Uhr

Oeffentlicher Vortrag

im Gesellschaftshaus „Zur Rose", Breitestraße.

„Das Genossenschaftswesen mit besonderer Berücksichtigung der Konsumvereine." Redner Herr Wilh. Schulz-Magdeburg.

Zu diesem Vortrage sind die Frauen besonders eingeladen.

Der Vorstand.

2551

Richardts Festsäle

Freitag abend 8½ Uhr

2. und letzter Volksvortrag

über die

2550

Geschlechtskrankheiten in besonderer Bezugnahme auf das **Kurpfuschertum.**

Referent **Dr. med. Harold Morré.**

Nur für erwachsene Herren.

Deutscher Metallarb.-Verband

Verwaltung Magdeburg.

Fernsprech-Anschluß Nr. 404. Bureau: Knochenhauerüferstr. 27/28, I

Versammlungen finden statt:

Sonnabend den 14. März, abends 8½ Uhr

Bezirk Alte Neustadt in der „Krone", Moldenstr.

Bezirk Buckau im „Thaliasaal", Dorotheenstr. 14.

Bezirk Salbke-Westerhüsen im Lokale des Herrn Andr. Maaß in Salbke.

Bezirk Diesdorf im Lokale der Ww. Märtens.

Sonntag den 15. März, vormittags 11 Uhr

Branchen-Versammlung der Former u. Gießereiarbeiter im „Bürgerhaus", Stephansbrücke 38.

Tagesordnung in allen Versammlungen:

1. Vortrag. 2. Verbandsangelegenheiten mit spezieller Berücksichtigung der Delegiertenwahl vom 29. d. M. 3. Verschiedenes.

Referenten sind die Genossen: Aug. Fabian, Rob. Pistorius, H. Krull und L. Hähnsen.

Gäste willkommen. Um recht zahlreichen Besuch bittet

Die Verwaltung.

Klempner und Installateure!

Sonnabend den 14. März, abends 8½ Uhr

Oeffentliche Versammlung

der

Klempner u. Installateure Magdeburgs u. Umg.

in der

„Burghalle", Tischlerkrug- u. Grünearmstr-Ecke.

Tages-Ordnung.

1. **Die Bedeutung der sozialpolitischen Gesetzgebung für die Arbeiter.** (Referent: Kollege **Alwin Brandes.**)
2. Wahl einer Agitations-Kommission für die Klempner.
2. Verschiedenes.

Es ist Ehrenpflicht eines jeden Kollegen, zu dieser Versammlung zu erscheinen, denn es ist für uns jetzt am Platze, daß wir uns mehr Wissen und Können in Bezug auf obige Tages-Ordnung aneignen.

Der Einberufer.

Zentral-Verband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter

Verwaltung Magdeburg

Bureau: Stephansbrücke 38. Telephon 276.

Sonnabend den 14. März 1903, abends 9 Uhr im „Bürgerhaus", Stephansbrücke 38

Mitglieder-Versammlung

2445

Tages-Ordnung:

1. Die idealen Aufgaben der Gewerkschaften. Referent: Genosse **Albert,** Redakteur.
2. Abrechnung vom Stiftungsfest.
3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.

Sonntag den 15. März, abends 7½ Uhr

Versammlung in Fermersleben

im Lokale des Herrn Erxleben („Buckauer Bierhalle").

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Kollegen Ferd. Bender.
2. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.

Zahlreiches Erscheinen in beiden Versammlungen erwartet

Die Ortsverwaltung.